

Bezugspreise:
Vierteljahr 1.20 RM., monatlich 40 Pf.
frei ins Haus, voraus zahlbar.
Post- und Transportgebühren für
Deutschland und Österreich-Ungarn
4.75 RM., für das übrige Ausland
10.75 RM., bei halbjährlicher
Bestellung 8.75 RM.
Postbestellungen nehmen an
Bismarck, Holland, Luzern,
Schweiz u. die Schweiz, eingetragen
in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die achtspaltigen Nonpareilzeilen
betragen 1.20 RM., 10-spaltige 1.50 RM.,
12-spaltige 1.80 RM., 14-spaltige 2.10 RM.,
16-spaltige 2.40 RM., 18-spaltige 2.70 RM.,
20-spaltige 3.00 RM., 22-spaltige 3.30 RM.,
24-spaltige 3.60 RM., 26-spaltige 3.90 RM.,
28-spaltige 4.20 RM., 30-spaltige 4.50 RM.,
32-spaltige 4.80 RM., 34-spaltige 5.10 RM.,
36-spaltige 5.40 RM., 38-spaltige 5.70 RM.,
40-spaltige 6.00 RM., 42-spaltige 6.30 RM.,
44-spaltige 6.60 RM., 46-spaltige 6.90 RM.,
48-spaltige 7.20 RM., 50-spaltige 7.50 RM.,
52-spaltige 7.80 RM., 54-spaltige 8.10 RM.,
56-spaltige 8.40 RM., 58-spaltige 8.70 RM.,
60-spaltige 9.00 RM., 62-spaltige 9.30 RM.,
64-spaltige 9.60 RM., 66-spaltige 9.90 RM.,
68-spaltige 10.20 RM., 70-spaltige 10.50 RM.,
72-spaltige 10.80 RM., 74-spaltige 11.10 RM.,
76-spaltige 11.40 RM., 78-spaltige 11.70 RM.,
80-spaltige 12.00 RM., 82-spaltige 12.30 RM.,
84-spaltige 12.60 RM., 86-spaltige 12.90 RM.,
88-spaltige 13.20 RM., 90-spaltige 13.50 RM.,
92-spaltige 13.80 RM., 94-spaltige 14.10 RM.,
96-spaltige 14.40 RM., 98-spaltige 14.70 RM.,
100-spaltige 15.00 RM.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Telegraphische Anstalt:
Sozialdemokratisches Verlagsamt.

Wittwoch, den 5. November 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Telegraphische Anstalt:
Sozialdemokratisches Verlagsamt.

Streikrecht • Streikpflicht • Streikbruch.

Arbeiter, Genossen!

Es war eine Selbstverständlichkeit, daß die Revolution dem befreiten deutschen Volk vor allen Dingen ein völlig freies Koalitions- und Streikrecht brachte. Alle bisher für einzelne Arbeitnehmergruppen bestehenden gesetzlichen oder Arbeitgeberverträge, sich zu organisieren oder zu streiken (Lohnarbeiter, Beamte, Eisenbahner usw.) wurden durch die zur Macht gelangte Sozialdemokratie aufgehoben. Damit wurde die Bahn frei für eine ungehemmte Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen. Millionen neuer Mitglieder sind seit dem 9. November in die freien Gewerkschaften geströmt und dieses Wachstum hat auch zu einem starken Answellen der Zahl, des Umfangs und der Erfolge der gewerkschaftlichen Bewegungen, zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeitnehmer aller Berufsklassen geführt.

Die vielen Millionen Arbeitnehmer, die aus der bisherigen Unterdrückung durch die Revolution befreit oder aus ihrer geistigen Gleichgültigkeit aufgerüttelt wurden, kamen völlig ungeschult in die gewerkschaftlichen Organisationen und Kämpfe hinein. Sie verfügten nicht nur über keine organisatorischen Erfahrungen, sondern sie waren zum Teil bisher in den direkt gegensätzlichen Anschauungen der bürgerlichen Parteien und Berufsorganisationen oder gar der Selben erzogen. Es hätte intensiver Erziehungsarbeit der Gewerkschaften bedurft, um diese neuen Mitglieder zu klaren und überzeugten neuen Kämpfern zu machen.

Die Möglichkeit einer solchen Erziehungsarbeit ist aber durch die politische Entwicklung nach dem 9. November stark beschränkt worden. Der Weltkrieg mit seinen furchtbaren Wirkungen gerade für das deutsche Volk hat die körperliche, geistige und moralische Widerstandskraft aller Menschen stark geschwächt. Der von den Unabhängigen und dem Spartakusbund gegen die Mehrheitssozialdemokratie geführte Bürgerkrieg hat das Seinige zur geistigen Vergiftung der Arbeiterklasse beigetragen. Die große Masse der gewerkschaftlich und politisch unaufgeklärten und ungeschulten Arbeiter kam plötzlich in diese gespannte Atmosphäre der Arbeiterbewegung hinein. Sie glaubten — aus einem Extrem ins andere fallend —, die Revolution und die durch sie geschaffenen Verhältnisse müßten ihnen die Erfüllung aller Wünsche mit einem Schlag bringen.

So waren ihnen alle Forderungen zu niedrig, alle Bewegungen zu langsam und alle Kämpfe nicht revolutionär genug. Ihnen war zum Teil die Revolution nur eine große Lohnbewegung. Fern folgten sie dem, der ihnen am meisten versprochen und gingen ins radikale Lager. Sachliche Auseinandersetzungen über die Voraussetzungen und Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Tätigkeit fielen bei den ungestümen Drängern auf unfruchtbaren Boden. Gerissene radikale Demagogen, die es so leider in der Arbeiterbewegung immer gegeben hat, machten sich diese Stimmung zunutze und unter ihrer Führung wurden auch die Gewerkschaften in ein immer radikaleres parteipolitisches Fahrwasser gedrängt.

Unter dem Einfluß dieser Stimmungen haben auch die von den Gewerkschaften angewandten Methoden und Mittel ihrer Kämpfe eine wesentliche Veränderung erfahren. Diesen „revolutionären“ Massen paßt es meist nicht, sich bei Lohnbewegungen auf lange Verhandlungen einzulassen. Das Ultimatum von wenigen Stunden ist eine häufige Erscheinung geworden. Der Streik war früher das äußerste gewerkschaftliche Kampfmittel, mit Vorsicht von den Organisationen angewendet, weil jeder denkende Gewerkschafter sich stets darüber klar war, daß der Streik eine zweischneidige Waffe ist, die nicht leichtfertig gehandhabt werden darf. Nach dem 9. November wurde der Streik für viele ein täglicher Bedarfsartikel. Es ist vielfach nicht mehr üblich, die Wirkungen eines Streiks auf andere Arbeitnehmergruppen oder auf die Allgemeinheit abzumäßen. Deshalb kämpft man dagegen an, bei Streiks von der Genehmigung des Gewerkschaftsvorstandes abhängig zu sein, und ungenehmigte wilde Streiks sind an der Tagesordnung.

An Stelle des bisher üblichen Verfahrens der geheimen Abstimmung mit bestimmten Mehrheiten tritt jetzt häufig die Abstimmung durch Gandaufheben. Die Masse soll entscheiden, und zwar möglichst nach augenblicklichem Gutdünken. So fand die Propaganda für das „absolute“ und „unverfälschte“ Räteystem guten Boden, das nur insofern eine revolutionäre Errungenschaft ist, als es in der Hauptsache die erst durch die Revolution der Arbeiterbewegung zugeführten Elemente sind, die für dieses Räteystem

In der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes am Montag, den 3. November, wurde der Generalstreik für die Metallindustrie beschlossen und die sozialdemokratischen Parteien aufgefordert, innerhalb weiterer 48 Stunden seine Ausdehnung über das gesamte Berliner Wirtschaftsgebiet zu veranlassen.

Der Beschluß wurde damit begründet, daß die Metallindustriellen die Rechte der Arbeiterräte und Arbeiterausschüsse beseitigen wollten. Diese Darstellung ist irreführend. In einer Versammlung, die zwischen den zentralen und örtlichen Parteileitungen der Demokraten, U. S. P. D., S. P. D. und den Vorsitzenden der beiden Vollzugsräte Groß-Berlins stattfand, wurde vereinbart:

„Die Rechte der Arbeitervertretungen sollen nach Aufnahme der Arbeit wie folgt gesichert werden:

Die Arbeiterausschüsse treten in der unten angegebenen Zusammensetzung sofort wieder in Tätigkeit. Die in einzelnen Betrieben mit ihnen schriftlich vereinbarten oder nachweislich von der Direktion genehmigten, über die gesetzlichen Rechte hinausgehenden besonderen Befugnisse und der Vertretung der Arbeiterschaft bleiben, soweit sie bis zum Ausbruch des Streiks in Übung waren, bis zum Inkrafttreten des Betriebsratsgesetzes bestehen. Von da an gelten die im Gesetz festgelegten Rechte. Für die Mitgliedschaft im Arbeiterausschuss gilt nach dem Streik folgendes:

Infolge des § 14 des Gesetzes vom 23. November 1918 müssen für Ausschussmitglieder, die entlassen waren, deren Stellvertreter eintreten, soweit sie nicht auch entlassen waren. Wo kein vollständiger Arbeiterausschuss mehr vorhanden war, muß ein neuer mit der Arbeiterschaft zu vereinbarendem Zeitpunkt eine vorläufige Ergänzung in geheimer Wahl stattfinden. Die übrigen Arbeiterausschussmitglieder, welche nicht entlassen waren, nehmen sofort ihre Tätigkeit im Ausschuss wieder auf, auch wenn sie am Streik beteiligt waren. Der nach obigen Bestimmungen ergänzte Ausschuss nimmt die Obliegenheiten des gesetzlichen Arbeiterausschusses bis zu dessen Neuwahl wahr, die alsbald nach dem 15. Dezember 1919 vorzunehmen ist.

Die Frage der Arbeiterräte wird durch den Streik igen, keine Beilegung nicht berührt.“

Ueber die materielle Streikfrage war schon vorher eine Einigung mit den Unternehmern erzielt. Es kann demnach gesagt werden, daß eigentlich alle Differenzpunkte beseitigt waren. Es wurde darum auch von allen anwesenden Arbeitervertretern mit Einschluß der Vertreter der U. S. P. D. die Auffassung ausgesprochen, daß nunmehr einer Aufnahme der Arbeit nichts mehr im Wege stünde. Eine Auffassung, die auch von Rusch und Müller später in energischer Weise vor den Kollegen vertreten wurde.

Es fehlt also in Wirklichkeit jedes Kampfsobjekt, um das der Streik noch auf andere Industriezweige ausgedehnt wäre. Wir lehnen nach wie vor jede Einmischung in den in der Metallindustrie ausgebrochenen Streik ab,

müssen uns aber gegen jede Ausdehnung des Kampfes auf die lebenswichtigen Betriebe sowie auf die übrigen Zweige unseres ohnehin schwer zerrütteten Wirtschaftslebens wenden.

Damit würde den Streikenden nicht genügt, der übrigen Bevölkerung aber ein nicht wieder gutzumachender Schaden zugefügt werden.

Entschieden müssen wir uns auch gegen die Behauptung, daß die Ausdehnung des Generalstreiks auch auf die übrigen Zweige des Wirtschaftslebens mit Einverständnis der Bezirksorganisation der U. S. P. D. geschieht, wenden. Wie wir jede Einmischung in den Streik der Metallarbeiter ablehnen, so auch jede Ausdehnung auf die anderen Industriezweige.

Der Vorstand der Bezirksorganisation Groß-Berlin der U. S. P. D.

eintreten. Gibt es doch unter Kurdrängung der Erfahrung und Besonnenheit dem größten Maul und der Augenblicksstimmung den entscheidenden Einfluß. Aus diesen Stimmungen heraus entstand auch die Propaganda für die sozialistische Betriebsorganisation.

Ein großer Teil der alten Gewerkschafter, die durch jahrzehntelange opferreiche Arbeit die gewerkschaftliche Organisation aufgebaut und mit ihr gekämpft haben, ist so nach dem 9. November in eine immer schwierigeren Lage gekommen. Gegenüber der terroristischen Taktik der neuen „revolutionären“ Richtungen können sie ihre

Stimme und ihren Rat nicht mehr wirksam geltend machen, ohne schwersten Beschimpfungen, wirtschaftlichen Schädigungen oder gar tätlichen Angriffen ausgesetzt zu sein. Sie sehen die Gewerkschaften immer schneller auf der schiefen Bahn zur parteipolitischen Organisation bergab rutschen und dabei immer ungeeigneter zur Führung des wirtschaftlichen Befreiungskampfes der Arbeiter werden. Sie kommen immer häufiger in die Lage, zur Durchführung wirtschaftlicher Forderungen Streiks mitmachen zu müssen, die nach ihrer Meinung durch besonnenes Vorgehen und geschicktes Verhandeln vermieden worden können und die die Arbeiterschaft selbst schwer schädigen. Sie erkennen immer mehr, welche schweren wirtschaftlichen Folgen die Riesenstreiks seit dem 9. November für unser Wirtschaftsleben und damit für die breiten Massen des Volkes gehabt haben. Sie wissen, wie notwendig es ist, alle Kräfte anzuspannen, um den Wiederaufbau unseres völlig zusammengebrochenen und ausgegogenen Wirtschaftslebens zu fördern.

Sie wissen auch, daß das nur durch angestrengteste Arbeit aller Volkstreife geschehen kann. Gerade die von Seiten der Arbeiterklasse auf allen Gebieten gestellten Forderungen können nur befriedigt werden, wenn die Staats- und Volkswirtschaft mit neuem Blut und Leben erfüllt wird. Eine Verbilligung der Lebensmittel und täglichen Bedarfsartikel ist heute, wo wir einen erheblichen Teil derselben sowie die meisten Rohstoffe im Ausland kaufen müssen, davon abhängig, daß der Auslandskurs unseres Geldes verbessert wird. Dazu gehört aber in erster Linie Steigerung der Ausfuhr, damit wir unsere Einfäufe mit Waren und nicht mit Papiergeld bezahlen. Steigerung der Ausfuhr setzt aber Steigerung der Produktion und der Arbeitsfreudigkeit im Inlande voraus.

Trotz alledem ist es für uns selbstverständlich, daß das freie Deutschland den Arbeitnehmern weitestgehende Möglichkeiten geben muß, sich eine angemessene wirtschaftliche Lebenshaltung zu sichern. Dazu wird und muß jetzt und in Zukunft ein unbedingt freies Streikrecht gehören. Jeder Angriff auf dieses Recht wird alle Arbeiter in geschlossener Abwehrfront finden. Dieses freie Streikrecht kann aber nur dann Bestand haben, wenn seine Ausübung getragen wird von dem Verantwortlichkeitsgefühl des arbeitenden Volkes und seiner gewerkschaftlichen Organisationen. Das Geheimnis des Erfolges bei Lohnbewegungen und wirtschaftlichen Streiks liegt in der Aufrechterhaltung des Grundhaltes der gewerkschaftlichen Disziplin und Solidarität. Diese kann aber nur gesichert werden, wenn der Streik das äußerste Kampfmittel bleibt und wenn seine Anwendung nach wie vor unter der Garantie und Verantwortlichkeit einer parteipolitisch neutralen gewerkschaftlichen Organisation steht. Wir müssen uns darüber klar sein, daß das Verlassen dieses Bodens die Grundlage und Voraussetzung der Arbeitersolidarität vernichtet und damit die gewerkschaftliche Organisation und Einigkeit geräumern muß.

Ganz anders als die wirtschaftlichen Streiks sind politische Streiks zu beurteilen. Gerade in Berlin haben wir seit dem 9. November solche politischen Streiks, Demonstrationsstreiks, Proteststreiks usw. zur Genüge kennen gelernt. Es ist natürlich keine Frage, daß der Streik auch als politisches Kampfmittel angewendet werden darf. Aber ebenso selbstverständlich ist auch, daß eine allgemeine Solidarität und eine Streikpflicht wie bei wirtschaftlichen Streiks hierbei nicht in Frage kommen kann. Der politische Streik soll die Ziele einer bestimmten Parteirichtung verwirklichen helfen. Die politischen Streiks, die wir im Januar, März und später in Berlin erlebten, waren dazu bestimmt, die jetzige Regierung und die mehrheitssozialistische Partei zu stürzen und die Unabhängigen und Kommunisten zur Herrschaft zu bringen. Es hieße mit ruhiger Ueberlegung Selbstmord begehen, wollten Anhänger der Sozialdemokratie oder Anhänger der bürgerlichen Parteien sich an einem solchen politischen Streik, der sich gegen sie selbst richtet, beteiligen. Es ist in solch einem Fall nicht bloß das Recht, sondern die heilige Pflicht, einen Streik zu bekämpfen und ihn mit allen geeigneten Mitteln zu durchkreuzen. Genau so, wie es für die Anhänger einer Partei Ehrenpflicht ist, sich an einem von ihrer Partei proklamierten politischen Streik zu beteiligen, so ist „Streikbruch“ gegenüber dem politischen Streik einer anderen Partei Pflicht und eine ehrenhafte Handlung. Dies ist um so mehr der Fall, wenn der politische Streik dazu dienen soll, einer Minderheit die Herrschaft in die Hand zu spielen.

In dem freiesten Lande der Welt, das Deutschland nach seiner Verfassung ist und auch in der Praxis sein wird, sobald Unabhängige und Kommunisten die demokratische Selbstherrschafft des Volkes anerkennen und auf die Anwendung roher Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele verzichten, müssen alle Rechte und Freiheiten des einzelnen und einzelner Gruppen ihre Grenze finden an dem Recht und dem Interesse der Allgemeinheit. Niemand kann das Recht in Anspruch nehmen, eine Handlung zu begehen, die die Gesamtheit oder einen überwiegenden Teil derselben schädigt.

Von diesem Gesichtspunkt ist die Frage zu prüfen, ob und wann ein Streik in lebenswichtigen Betrieben berechtigt ist. Der Begriff des lebenswichtigen Betriebes ist gewiß kein eng umschriebener. Es ist durchaus nicht jeder Betrieb lebenswichtig, dessen Stilllegung Unbequemlichkeiten mit sich bringt. Deshalb kann man wohl sagen, daß die Stilllegung der Hochbahn, Straßenbahn und des Omnibusverkehrs in einer Stadt für die Bevölkerung zwar starke Unbequemlichkeiten mit sich bringt, aber in der Regel nicht als Gefährdung wichtigster Lebensinteressen der Bevölkerung angesehen werden kann. Anders ist schon ein Streik der Eisenbahn zu beurteilen, weil durch die Stilllegung der Eisenbahn nicht nur der Personen- und Güterverkehr verhindert, sondern in der jetzigen Zeit besonders die Lebensmittelversorgung und die Versorgung der Bevölkerung und Industrie mit Kohlen unmöglich gemacht und andere wichtige Lebensinteressen des Volkes gefährdet werden.

Ähnlich liegt es mit den Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken. Die Stilllegung dieser Werke bedeutet, daß mit dem Vergehen von Wasser, Gas und Elektrizität nicht nur die Ernährung der Bevölkerung in schwerster Weise gefährdet ist, sondern daß die Erfüllung auch nur der allernotdürftigsten gesundheitlichen und hygienischen Bedürfnisse und die Ausübung der ärztlichen Tätigkeit im stärksten Maße erschwert oder ganz verhindert wird und daß in wenigen Tagen der völlige Zusammenbruch, abgesehen von allen anderen Wirkungen, besonders auf dem Gebiete der Ernährungs- und Gesundheitswesen eintreten muß. Alle diese Werke, von denen die Stilllegung jedes einzelnen auch die Tätigkeit der anderen stark beeinflusst, zum Teil unmöglich macht, müssen daher als für die Bevölkerung lebensnotwendige Betriebe angesehen werden.

Kein Sozialdemokrat kann seine Hand dazu bieten, etwa aus diesen Gründen den Arbeitern lebenswichtiger Betriebe das Streikrecht überhaupt zu nehmen. Es ist aber klar, daß die Arbeiter von Betrieben, deren Tätigkeit von ungleich größerer Bedeutung für die Lebensmöglichkeit der gesamten Bevölkerung ist als die irgend einer anderen Arbeiterkategorie, eine doppelte Verantwortung gegenüber der Volksgesamtheit zu tragen haben für die Folgen, die bei einem Streik entstehen. Es ist daher unmöglich, Streiks in das völlig freie Belieben der Arbeiter solcher Betriebe zu stellen. Das würde dazu führen, daß diese zu Diktatoren über unser gesamtes wirtschaftliches und politisches Leben gemacht werden. Mit Hilfe der Elektrizitätsarbeiter könnte die Erfüllung jeder Forderung erzwungen werden. Solche Streiks müssen deshalb unter die gemeinsame Verantwortlichkeit und Kontrolle der Gesamtheit der gewerkschaftlichen Organisationen und des Reiches gestellt werden. Zu diesem Zwecke müssen unter Führung der Gewerkschaften besondere Instanzen geschaffen werden, die Lohn- und Arbeitsdifferenzen in solchen lebenswichtigen Betrieben im weitestgehenden Maße durch Verhandlungen und Schlichtungsentscheidungen erledigen und deren Aufgabe es ist, jede Streikmöglichkeit rechtzeitig zu beseitigen. Ist ein Streik einmal unvermeidlich, so haben die Gewerkschaften oder, falls diese verlagen, die Regierung dafür zu sorgen, daß die Betriebe insoweit in Gang gehalten werden, als die Sorge für Leben und Gesundheit der Bevölkerung es erfordert.

In Schutzhast und Hilfsdienst.

Kriegserinnerungen von Ermo Reichard.

I.

In den Juli-Tagen 1914 wurden unter vielen allen Parteigenossen die früher schon im Parlament besprochenen und kritisierten „Geheimratse“-Regel von Falkenstein diskutiert, wonach im Falle einer Mobilmachung alle kriegsunbrauchbaren führenden Parteigenossen sofort in „Eisener“ gebracht werden sollten. Man hat wenig davon gehört, daß allgemein nach den Erlässen verfahren worden wäre. Von dem Balkon des Berliner Schlosses wurde von dem rechtlängsten aller Monarchen, der ja die Sozialdemokratie eigentlich damals schon geschmettert und totgeredet hatte, die Parole ausgegeben: Ich kenne keine Parteien mehr usw. Ueberall scheint aber diese Verheißung nicht hingedrungen zu sein, trotz des stammaner preussischen Apparates. Ganz hinten, im Kreise Rothenburg in der Lausitz, galt jedenfalls noch der Geheimrat des Generals, die Parole des „obersten Kriegsherrn“ mußte man da wohl überleben haben.

Als 43-jähriger hatte ich noch meinen Landsturmschein in der Tasche, der im Jahre 1899 die Lösung erhalten hatte: Bandsturm mit Waffe. Also bei der Mobilmachung kam ich vorläufig nicht in Frage und dieser Umstand gab mir Grund zu der Belohnung, daß auch ich nach den erwähnten Erlässen inespinnen werden könnte. Als man die vorzeitige Mitteilung über die Mobilmachung im „Berliner Lokalanzeiger“ erschienen war, äußerte ich mich in Freundeskreisen über meine Befürchtungen, was wurde aber sehr ungläubig aufgenommen. Aber ich sollte mich leider nicht getäuscht haben. Ich hatte damals weder in der Partei noch in der Gewerkschaft ein führendes Amt. Schwere körperliche Krankheit und Verdrossenheit legten mir große Reflexe auf. Aber meine Bergangenheit, meine Vergangenheit! Als früherer Redakteur an der Parteipresse und aus sonstigen Anlässen aus der Agitationsarbeit hatte ich, abgesehen von vielen, oft langen Untersuchungsgefängnissen, über drei Jahre Gefängnis auf meinem Konto der Vorstrafen. Und dann aus allen Orten ein schlechtes Signalement. In einem politischen Strafkostenbuch aus meinem Aufenthaltsort befand sich die polizeiliche Auskunft: „Kühler einer geradezu fanatischen und gefährlichen Verachtung seiner sozialdemokratischen Parteigrundsätze ist von dem A. von hier aus nichts Nachteiliges zu berichten. Also fanatisch und gefährlich, sonst nichts Nachteiliges, das laut genug.“

Von dem Fenster meiner im Oberstodt gelegenen Wohnung sah ich stehen auf der Straße die Kriegs- und Landwehrmänner Deutschlands an Rußland anschlagen. Ich will hinuntersteigen, das unglückseligste Dokument zu lesen. Da schon auf der Treppe ertönt mich das Schicksal. Die Treppe heraus kommt ein Polizeiwachmeister in Uniform. Also das ist schon das erwartete „Unerwartete“. Zu mir? — Natürlich! — Also kommen Sie mit auf.

Der Polizeibeamte, ein freundlicher Herr, der mir persönlich als ein durchaus „anständiger Herr“ bekannt war, entschuldigt sich: Es ist mir ungenehm mangelnd. Es handelt sich um das Thema: Mobilmachung und Sozialdemokratie. — Also der Geheimrat. — Nun, ich muß Sie bitten, mit auf das Amtsgericht zu gehen. — Der Verhaftsbefehl trägt die Unterschrift des Landrates.

Es ist auch denkbar, daß einmal ein positiver Streik der Arbeiter in lebenswichtigen Betrieben als berechtigt angesehen werden kann, nämlich dann, wenn dieser Streik die Zustimmung der überwältigenden Mehrheit aller Schichten der in Frage kommenden Bevölkerung findet und dazu dienen soll, anderen noch schwereren Schaden von der Gesamtheit abzuwenden. Ich denke dabei an den in den letzten Tagen stattgehabten Streik der Elektrizitätswerke in Metz, der zum Protest gegen die französische Gewalttätigkeit beschlossen war. Dagegen würde es ein Zeichen von überaus großer Verantwortungslöslichkeit gegenüber dem Interesse der Bevölkerung sein, wenn man, wie das in Berlin und zum Teil auch in anderen Orten geschehen ist, bei allen möglichen Gelegenheiten derartige lebenswichtige Betriebe lahmlegt oder lahmlegen versucht. Demonstrationstreiks anlässlich des Todes einer Person, Proteststreiks oder Sympathiestreiks zugunsten einer in keinem Zusammenhang mit diesen Betrieben stehenden Arbeiterschaft müßten von dem eigenen Verantwortlichkeitsgefühl der Arbeiter lebenswichtiger Betriebe abgelehnt werden. Aufgabe der Gewerkschaften muß es sein, dieses Verantwortlichkeitsgefühl so zu festigen, daß die Arbeiterschaft in jedem Falle die richtige Entscheidung treffen kann. Das können die Gewerkschaften aber nur, wenn sie sich nicht selbst zum Tummelplatz parteipolitischer Kämpfe machen.

Franz Krüger, M. d. R.
Vorl. d. Bezirksgewerkschaft Groß-Berlin d. S. P. D.

Volksgenossen!

Die ungeheure Not in der Kohlenversorgung und die große Gefahr der Kartoffelnot in den Städten haben die Reichsregierung gezwungen, den gesamten Personenverkehr auf den Eisenbahnen für vorläufig 11 Tage zu unterbinden und die Verkehrsmittel allein in den Dienst der Kohlen- und Kartoffelbeschaffung zu stellen. Aber diese einschneidende Maßnahme kann nur Erfolg haben, wenn in diesen Tagen zugleich alle Kräfte der Erzeugung und Beförderung von Kohlen und Kartoffeln auf höchste angepannt werden.

Darum: Vergleite, Keigert weiter die Kohlenförderung! Landwirte, liefert Kartoffeln ab! Arbeiter und Unternehmer des Verkehrsgewerbes, sorgt für rasche Abfuhr! Eisenbahner in Betrieb und Werkstatt, verwende alle Kraft auf höchste Leistungsfähigkeit der Eisenbahn!

Elf Tage müssen die Kohlen- und Kartoffelzüge unaufhörlich durch das ganze Deutschland rollen. Jeder Zug mehr, der beladen und abgefertigt werden kann, bedeutet einen Schritt zur inneren Festigung und Wohlfahrt. Hier mitzuhelfen ist vaterländische Pflicht. Ein Volksgenosse muß dem anderen helfen, und alle müssen für das gesamte Gemeinwohl arbeiten. Wenn sich in diesen elf Tagen unsere Hoffnungen erfüllen, dann können wir dem kommenden Winter eiserner Schwere und seinen Anforderungen ruhiger entgegensehen als heute.

Berlin, den 4. November 1918.

Obert, Reichspräsident. Hausr, Reichsminister.

Balkum-Intrige in Berlin.

Von gut unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Die Agenten der Balkum-Insurgenten haben in letzter Zeit eine ungeheure Geschäftigkeit entwickelt. Der Reichswehrminister Koste wurde bis vor kurzem durch untergeordnete militärische Organe, die mit den Schwedern innerlich kooperierten, in Unkenntnis über den Umfang des Berber- und Agentenwesens gehalten. Sicherlich hatten er wie die ihm direkt beigeordneten Herren den festen Willen, dem Anwesen mit aller Schärfe zu begegnen. Die mittleren und untergeordneten militärischen Stellen verstanden aber, wie es scheint, die Anordnungen des Reichswehr-

ministers und seiner nächsten Umgebung in der Gegenheit umzuwandeln und das Treiben der Insurgenten zu unterstützen.

Eine rühmliche Ausnahme hierbei machte der Kommandant von Berlin Major Kaupisch. Dieser im Sinne der Republik hervorragend bewährte Offizier kümmerte sich nicht um die Nachschichten der Komarilla und ging den Agenten des Majors Bischof mit allen ihm zu Gebote stehenden Organen energisch ans Werk. Bereits vor einigen Tagen veranlaßte er, daß zugesagt werde. Der Erfolg dieses Einschreitens war verblüffend. Es gelang, einen großen Teil der Verschönerung aufzubeden und zahlreiche schwer belastete Personen festzunehmen. Um die Ermittlungen nicht zu hören, ist es im Augenblick nicht angebracht, hierüber nähere Details mitzuteilen. Auf Grund der vorliegenden Beweise hat der Reichswehrminister Koste nunmehr den Auftrag gegeben, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Werbetätigkeit vorzugehen.

Das paßt nun aber den in den Militärbehörden vorhandenen Helfershelfern der holländischen Freischärler nicht in den Kram. Sie suchten und fanden Mittel und Wege, um den unbekanntem Major Kaupisch zu beseitigen. Blühlich erinnern sie sich daran, daß der Posten, den er innehat, nicht seinem Range entspricht, sondern durch einen Oberst besetzt werden muß. Jedenfalls ohne vorheriges Einverständnis mit Koste ernannte das Personalamt des Kriegsministeriums einen Obersten zum Kommandanten von Berlin. Wie es in allen militärischen Ressorts gebräuchlich ist, so auch beim Personalamt. Untergeordnete Organe schoben die Sache und legten sie dem Chef des Stabes, der sie als ordnungsgemäß betrachtete und gegen den hier kein Wortwurf erhoben wird, dem General v. Odershausen zur Unterschrift vor. Damit aber das Intrigenpiel nicht zur unzeitigen Zeit Staub aufwirbelt, wird die Veröffentlichung der Ernennung und die Einführung des neuen Kommandanten etwas hinausgeschoben. Die Tage der Revolutionsfeier erschienen den gewichtigen Kadern der Militärkomarilla doch wohl als ein ungeeigneter Augenblick für die Durchführung der „Ktion“. Erst nach dem 4. November soll der Schluß des Intrigenspiels vor sich gehen.

Hier wird man ein verbiederter Mann, der der Republik in den letzten Jahren große Dienste geleistet und sich durch umsichtiges, tatvolles Verhalten bewährt hat, trotz weitgehenden Vertrauens seiner höchsten Vorgesetzten abgesetzt, weil er seine Pflicht tut und den Anordnungen der Regierung Gehorsam verschafft.

Soll diese Intrige der Berliner Balkumführer wirklich zum Erfolge führen?

Die sauren Trauben.

Kurz vor Rebellionsbeginn trifft aus Oestrich die Meldung ein, daß die Volkswesten aus der Richtung Pleskau mit starken Kräften unter Benutzung von Panzerautomobilen angreifen. Die Nordwestarmee räumte Luga und Gatschina. Die Bedeutung des Verlustes von Gatschina wird auf Grund der unten folgenden Darlegungen, die aus früheren Meldungen herüber, angeführt. An der ganzen Front tobten heftige Kämpfe. Die Lage der Weißen Truppen ist schwer. Eine große Hilfe für die Volkswesten bedeutet die herangekommenen Tanks, die nicht, wie von deutschfeindlicher Seite behauptet wird, deutscher Herkunft sind, sondern von den feindlichen eiligt aus Oessa abtransportierten Ententetruppen herrühren.

Wenn auch die Nachrichten, die aus dem Osten kommen, nie vorsichtig genug aufgenommen werden können, kann man doch mit Bestimmtheit feststellen, daß die Lage der Antibolschewisten eine ungünstige, ja eine verzweifelte geworden ist. Am Sonntag früh begann nach Nachrichten von der Front der weichen Nordwestarmee der Entscheidungskampf im Raume von Gatschina. Dabei soll es dem linken Flügel der Nordwestarmee gelungen sein, im überraschenden Angriff bis Kopscha vorzudringen, etwa 12 Werst westlich von Krasnoje Selo. Als die Roten Truppen zu weichen begannen, warf der Bolschewikengeneral Tscherepnikoff seine besten Reserven, eine Bajonettdivision ins Feuer, deren starken Druck Judenitsch nicht gewachsen war. Er mußte Kopscha räumen, um die Umgehung seiner linken Flanke zu verhindern. Trotzdem ist für ihn die Umlagerungsgefahr nicht beseitigt, weil dem linken

Also Polizeischutzhast. Meine Frau, die in früheren Jahren ja so oft erleben mußte, daß man ihren Liebsten so Anall und Fall abführte, um ihn den Freuden einer Untersuchungsgefängnis zuzuführen, mußte jetzt vorbereiten werden. Der Beamte gab mir die Erlaubnis. Es war dies nicht leicht. Kriegsausbruch und nach so vielen Jahren wieder einmal auseinanderzureißen in so eine ganz ungewisse Zukunft. Es war ja möglich, daß man mich weit fort, in eine entlegene Gegend bringen würde, vielleicht gar als Geisels für das zukünftige Wohlverhalten der sozialdemokratischen Partei. Diese Gedanken gingen mir alle durch den Kopf, der Abschied wurde gerade deshalb so überaus schwer, wie noch nie in früheren Fällen. In Gemeinschaft mit dem Beamten ging es also zum Amtsgericht. Ueberall verlor ich mich. Am Marktplatz — über den der Weg nach dem Gefängnis ging, stauten sich die Menschen an der Festungs-Expedition, um die Entlassenen zu sehen, meine Abführung fiel daher dort nicht besonders auf. Erst im Gefängnis erfuhr ich, daß ich hier der einzige inhaftierte Genosse war und daß man nur noch einen Genossen aus einem Nachbarort eingewandt hatte.

Ich wurde in eine Arrestzelle geführt, an deren Außenwand noch etwa eiserne Läden waren, daß die Zelle besonders dunkel gemacht werden konnte. Die 24-stündige Frist, die die Strafprozeßordnung für die äußere Vorfrist, innerhalb deren ein Verhafteter vernommen und über den Grund seiner Verhaftung aufgeklärt werden muß, brachte bei mir nicht erfüllt werden. Ich war ja eben nicht auf Grund der Strafprozeßordnung verhaftet worden. Man verhaftete mich ohne Grund, also brauchte ich auch den Grund nicht zu erfahren. Gleichwohl ließ ich mich beim Gefängnisvorsteher vormelden, um mir einige Erleichterungen zu erbitten. Am Mittag des anderen Tages kam der Vorsteher, ein Amtsgerichtsrat, in meine Zelle. Ich merkte es ihm an, er hatte wohl selbst Störungsversuche meinerseits erwartet. Ich erfuhr später, daß man sogar Freiheitsversuche von außerhalb erwartet und gesücht hatte. Ich erhielt weitgehende Zugeständnisse. Meine Frau durfte mich täglich besuchen, um mich wegen meines Leidens zu pflegen. Alle Bücher und gewünschten Zeitungen erhielt ich. Zum ersten Male durfte ich im Gefängnis die Parteipresse lesen, sonst waren — besonders in Sachsen — höchstens Amtsblätter gestattet. Den ganzen Tag durfte ich auf dem kleinen Gefängnisvorsteher zubringen. Der ganze Gefängnisbestand — es waren wohl sechs — war beisammen. Da war zunächst mein Leidensgefährt, ein fränkischer Genosse R. aus R. Er war zum ersten Male im Gefängnis und in furchtbarer Gemütsstimmung. Ich konnte ihm erzählen und zerkühen und das war mir eine große Genugtuung. Wir waren gerade im Hofe, als man auf dem Amtsgerichtsgebäude die Fahne aus Anlaß der Mobilmachung hochzog. Das veranlaßte meinen Parteifreund zu dem Witz: „Du hörst, die letzten den ersten Sieg, sie haben die ersten beiden Freiangefangenen eingewandt.“ Es war der erste und letzte Witz, den ich von ihm hörte. Er wurde die folgenden Tage immer trauriger, so daß es selbst mir mit meiner von Natur aus heiteren Veranlagung nicht mehr gelang, ihm die Trübsal auf Minuten zu vertreiben.

Neben zwei Untersuchungsgefangenen, die wegen Betrugs inhaftiert waren, befand sich in der Zelle, aber keinen Gesellschaft ein Handwerksmeister, der wegen Sittlichkeitsverbrechen verhaftet worden war und schon vier Monate in Untersuchung war. Der Spionen-

himmel, der ja in jener „großen Zeit“ überall im Vaterland grassierte, hatte natürlich auch unserem Gefängnis Zuwachs gebracht. Auf einer Landstraße hatte man einen reisenden Photographen ertrotzt, den man für einen Spion hielt. Es war ein ausgeleierter Junge, der wohl hier und da auf den Dörfern die Dorfschönen zur Wahrung eines möglichst freundlichen Gesichtes animierte und ihnen dafür einige Marktes abnahm, um ihnen nie die gewünschten Bilder zu liefern. Aber mit Spionage hatte er nicht das geringste zu tun. Dafür unterschickte er die Gesellschaft mit der Erzählung seiner überaus reichen Abenteuer. Auch ein Berliner Junge, der auf einer Geschäftsreise mit einem Eisenbahner Streit bekommen hatte, war wegen Spionageverdacht eingesperrt. — So vergingen die Tage. Die Kriegsergebnisse erfuhr man natürlich. Ich hatte mich bei allen möglichen Instanzen beschwert, bis es endlich dem Parteivorstand in Berlin nach 14 Tagen gelungen war, unsere Entlassung durchzusetzen.

Inzwischen war die Parteilieferung am Orte durch die Einziehung fast aller tätigen Parteigenossen fast ganz abgebrochen. Auch mir wurde es nicht möglich, viel für sie zu tun. Gleichwohl erzwang ich mich „von oben“ der größten Aufmerksamkeit. Bei einer plötzlichen Nachmusterung wurde ich für a. u. in der Heimat erklärt und binnen zwei Tagen zum Kadarbeiterbattalion nach Posen eingezogen, lediglich um dort Schreibarbeiten zu verrichten. Man brauchte mich dort gar nicht, denn die Schreibkräfte wurden durch weibliche Arbeitskräfte ersetzt. Ich lernte als Battalionsratschreiber so manche Befehlungen kennen, die für mich von großem Werte war. Das erste Mal waren die sogenannten Kommissionsmissionen eingeführt worden, die von vielen recht gefährdet, von mir aber recht begrüßt wurden. Ich mußte, daß auf dem Wege des überaus langweiligen D. A. L. Verfahrens ein Kommissar von den Preußen nicht so leicht kam, um so weniger, als ich ja meine Einziehung nur als eine Maßregelung aus politischen Gründen betrachtete. Aber nach den für die Kommissionsmissionen gegebenen Bestimmungen mußte ich ja ohne weiteres loskommen, das war mir gewiß. Meine Schreibereischichte sollte auch nicht lange dauern, ich wurde zu den Pionieren versetzt, kam aber dort vor die Kommission und wurde sofort für dauernd kriegsunbrauchbar erklärt und bald bis auf weiteres beurlaubt. Man entließ mich aber nicht, sondern zahlte mir monatliche Abzahlung und Verpflegung weiter, um mich weiter unter der Fuchel der Militärgefängnisse zu halten. Und dabei war ich nur ganze fünf Wochen Soldat.

Da kam das Hilfsdienstgesetz. Eines Abends fand ich einen Brief aus Jutzschin im Kreise Rawitsch vor, in dem mir eine Vollgeheuerwollertelle angeboten wurde. In meinem Heimatorte, dem Hauptort der deutschen Glasindustrie, hätte ich ohne weiteres in einer Glasfabrik oder auf einem Aste eine Stelle bekommen können, aber das durfte nicht sein. Weit weg mußte ich in die Polacke und ausgerechnet nach Jutzschin im Kreise Rawitsch. „Unser Hünnermeister ist auf dem Felde der Ehre gefallen“, so hieß es in dem Briefe, den mir der Beamte des Ortes schrieb, der mit mir teilte, daß er allein die Registrierungsgefängnisse führte und die Papiere auch weiter bearbeiten wollte, während ich die Geschäfte des Polizeiverwalters übernehmen sollte. Auch das für mich zuständige Bezirkskommando überwies mir unter den üblichen Strafsandbedingungen diese Stelle und forderte mich auf, meinen Lebenslauf dem hochverehrten Magistrat zu Jutzschin einzulegen,

Die belgischen Deportationen.

(Schluß aus der Nebenabgabe.)

Hg. Dr. Einzelmeier: Sie sagten, daß ein Ineinandergreifen der Wilsonschen Friedensaktion und unserer eigenen Aktion wünschenswert gewesen wäre. Dann hätte es doch am nächsten gelegen, wenn man dem Präsidenten mitgeteilt hätte, daß wir eine eigene Aktion

machten und hofften und wünschten, daß Wilson diese Aktion ergänzen möchte. Nun ist aber dem Grafen Bernstorff ausdrücklich mitgeteilt worden, unsere Absicht, eine eigene Friedensaktion zu machen, streng vertraulich und nur für sich persönlich zur Kenntnis zu nehmen. Wenn von einem Doppelspiel die Rede war, so sollte damit gesagt sein, daß Wilson, dessen Friedensaktion wir herbeigeführt hatten, von unserem eigenen Vorhaben nichts erfahren sollte.

v. Bethmann Hollweg: Welche Lage hätte sich ergeben, wenn ich den Grafen Bernstorff beauftragt hätte, dem Präsidenten Wilson von unserem Friedensangebot Kenntnis zu nehmen, und wenn Wilson dann gesagt hätte, wir möchten das unterlassen, er möchte selbst einen Friedensappell an die Welt richten. Das hätte doch zur Voraussetzung gehabt, daß ich Wilson zu meinem Geschäftsführer ernannt hätte, daß ich ihm eine Disposition über unsere eigenen Aktionen eingeräumt hätte. Das aber konnte ich gar nicht tun angesichts der Beurteilung der Persönlichkeit Wilsons durch die Mehrheit des Volkes. Was wäre wohl passiert, wenn herausgekommen wäre, daß der Reichskanzler alle zulässigen Aktionen Deutschlands in das Geheimnis Wilsons gestellt hätte. Ich wäre am demselben Tage von meinem Platze weggesetzt worden. Die Pflicht, den Präsidenten Wilson zu unterrichten, hatte zur Voraussetzung, daß ich mich mit eigenen gefestigten Händen

in die Hände des Präsidenten Wilson begeben hätte. Das Ineinandergreifen der beiden Aktionen hat aber trotzdem stattgefunden. Wir hatten am 22. November den Grafen Bernstorff von der Absicht, ein Friedensangebot zu erlassen, in Kenntnis gesetzt. Graf Bernstorff hat keine Bedenken dagegen geäußert, vielmehr hat nach der Veröffentlichung des Grafen Bernstorff unser Angebot den Pazifismus in Amerika gestärkt. Gerade wenn Wilson von der öffentlichen Meinung seines Landes so abhängig war, und wenn nach den Berichten des Oberst House an den Grafen Bernstorff Wilson durch die öffentliche Meinung gehindert war, ernsthaft etwas gegen England zu unternehmen, mußte eine

Stärkung der pazifistischen Bewegung

in Amerika für Wilson von größtem Wert sein. Man muß doch auch bedenken, daß die Plattform, auf der Wilson zum Präsidenten wiedergewählt war, die Plattform des Friedens war, verbunden allerdings mit „preparedness for war“. Wenn die eine dieser beiden Plattformen durch unser Friedensangebot gestützt wurde, so waren die Absichten des Präsidenten nicht durchkreuzt, sondern wurden gefördert.

Vor. Hg. Warmuth zum Grafen Bernstorff: Sie hatten am 22. November telegraphisch von der Absicht, ein Friedensangebot zu erlassen, Kenntnis bekommen. Was haben Sie daraufhin beantwortet? Bei den Akten befindet sich keine Antwort von Ihnen.

Graf Bernstorff: Ich habe gar nichts unternommen, bin aber mit Oberst House fortlaufend in Verbindung gewesen. Ich habe die Mitteilung vom 22. November als die Ankündigung einer feststehenden Tatsache angesehen, an der doch nichts mehr zu ändern war. Ich habe auch niemals angenommen, daß unser Friedensangebot die Vermittlung Wilsons verhindern würde. Ich habe nur an eine Erleichterung der diplomatischen Stellung Wilsons infolge dieses Friedensangebots geglaubt. Erst später habe ich bei Besprechungen mit Oberst House gehört, daß Wilson befürchtete, daß unser Friedensangebot eine geringere Meinung bei der Entente erwecken würde, seine Friedensvermittlung anzunehmen.

Kunze wendet sich die Verhandlung der Vernehmung des Staatssekretärs Zimmermann zu.

Vorsitzender Hg. Warmuth: Noch einer Mitteilung der „Kosischen Zeitung“ haben Sie in einer vertraulichen Besprechung mit der Presse erklärt, daß wir unser Friedensangebot am 12. Dezember erlassen hätten, um der Aktion des Präsidenten Wilson zuzukommen.

Zimmermann: Es ist mir sehr wohl erinnerlich, daß ich eine detaillierte Bemerkung gemacht habe. Ich habe mich dabei wesentlich von innerpolitischen Erwägungen leiten lassen.

Eine Friedensvermittlung Wilsons war der Mehrheit des deutschen Volkes und des Reichstags im höchsten Grade unsympathisch. Auf der anderen Seite konnte ich mich der Sorge nicht verschließen, daß unser Friedensangebot nicht nur im Ausland, sondern auch bei uns als eine Bitte um Frieden und als Zeichen der Schwäche ausgelegt werden könnte und daher beurteilt werden würde. Deshalb kam es mir darauf an, daß die deutsche Presse möglichst geschlossen hinter die Aktion der Regierung treten möchte, weil ich mir damals bei den Feinden und bei den Neutralen die Wirkung versprach, daß das deutsche Volk geschlossen hinter dem Friedensangebot stünde. Um dieses Ziel zu erreichen, habe ich mich damals dieser Wendung bedient. Ich habe den Herren von der Presse gesagt, daß eine Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson unmittelbar bevorstehe, daß wir uns einer solchen Vermittlung nicht würden entgegenstellen können, wenn wir uns nicht einen so gewichtigen Neutralen wie Wilson zum Feinde machen wollten. Ich habe auch darauf hingewiesen, daß der größte Teil unseres Volkes

einem Schritte Wilsons unsympathisch gegenüberstehen würde, und fuhr dann fort: Im diesem uns unsympathischen Schritt vorgubedenken, haben wir uns angeschlossen, mit einem eigenen Friedensangebot hervorzutreten, gewissermaßen, um dem Präsidenten zuzukommen. Diese Gründe haben mich bei meiner Erklärung an die Presse geleitet. Sie haben mit den Gründen des Kanzlers für das Friedensangebot nichts zu tun. Für mich war dies eine Frage der Taktik, die erreichen sollte, daß die Presse einheitlich hinter die Regierung trat.

Hg. Einzelmeier: Sie haben aber auch im Haushaltsausschuß ähnliche Ausführungen gemacht. Sind Sie nicht auf den Gedanken gekommen, daß aus einer solchen Besprechung mit der Presse Einzelheiten heraus werden könnten, und daß man dann diese Haltung, um es jetzt auszudrücken, als widersprüchlich annehmen könnte?

Zimmermann: Ich habe auch eine solche Erklärung im Haushaltsausschuß abgegeben. Ich habe auseinandergesetzt, aus welchen Gründen wir eine Friedensvermittlung Wilsons in dem Sinne, daß der Präsident eine Friedenskonferenz einberiefe und auf ihr als arbiter mundi,

als christlicher Richter,

auftrete, nicht wünschten. Wohl aber wünschte ich einen Friedensschritt des Präsidenten in dem Sinne, daß er den Antrag zu Friedensverhandlungen gab. In diesem Sinne waren auch meine Ausführungen gehalten, und einen Widerspruch kann ich nicht anerkennen. Ich habe natürlich geglaubt, mich auf die strengste Vertraulichkeit der Herren von der Presse verlassen zu können; sie waren mir als zuverlässig bekannt.

Hg. Gothein: Zu der Zeit, als diese Mitteilungen in der Pressekonferenz gemacht wurden, umdiente ja Wilson gar nicht, als Vermittler aufzutreten. Er wollte nur die Parteien an den Verhandlungstisch bringen.

Zimmermann: Sehr wohl. Aber es bestand die Möglichkeit, daß Wilson mit einem solchen Verlangen hervortreten würde. Jedenfalls wünschte ich eine Einheitsfront in der Presse und im Volk. Wenn ich da gesagt hätte, Wilson wolle eine Friedensvermittlung anregen, so hätte das nicht genügt. Ich mußte sagen, daß Wilson den Frieden vermitteln wolle. Das wollten wir vermeiden und, um dem zuzukommen, griff ich zu diesem taktischen Manöver.

Hg. Dr. Einzelmeier: Wir hatten die Wilsonsche Aktion eingeleitet. Dieses Verhalten der Presse gegenüber aber bedeutete dann eine Beeinflussung der Presse gegen Wilson und gegen die Aktion, die wir selbst hervorgerufen hatten.

Zimmermann: Wilson hatte geögert, und deshalb hatten wir uns entschlossen, mit unserem Angebot hervorzutreten. Wir kam es nur darauf an, die öffentliche Meinung für unser Angebot zu erwarmen. Rücksichten auf den Präsidenten Wilson traten dabei zurück. Die Presse war damals gegen Wilson außerordentlich eingenommen. Um nun unser Friedensangebot verständlich zu machen, sagte ich, daß wir dem uns unsympathischen Angebot zuzukommen wollten.

Hg. Dr. Einzelmeier: Ich spreche nicht davon, daß Sie für Wilson eintreten sollten, wohl aber für die Aktion der Regierung. Vorsitzender Hg. Warmuth: Ihnen war es nur darum zu tun, für das deutsche Angebot Stimmung zu machen?

Zimmermann: Absolut, alles andere trat in den Hintergrund.

Minister Dr. David: Nachdem wir beschlossen hatten, mit einer eigenen Friedensaktion vorzugehen, war dem Grafen Bernstorff telegraphisch die Mitteilung geworden, wir söggen gleichwohl vor, wenn Wilson seine Aktion vor der unsrigen machen würde. Die Ausführungen der Presse gegenüber laufen auf das gerade Gegenteil hinaus, dann sie besagen, daß wir

unserer Aktion vorgögen

und nicht wünschten, daß Wilson seine Aktion vorher mache. Das ist das direkte Gegenteil von dem, was der Presse mitgeteilt wurde. Der Herr nennt das ein taktisches Manöver. Stand er nun innerlich auf dem Boden der Politik, die es für vorteilhafter hielt, wenn Wilson sein Friedensangebot vorher machte, oder wünschte er tatsächlich, daß wir Wilson zuzukommen müßten?

Zimmermann: Das Datum der Instruktionen an Graf Bernstorff und an die Presse muß auseinandergehalten werden. Die Instruktion an den Grafen Bernstorff erging am 22. November. Damals stand ich durchaus auf dem Standpunkt, daß ein Schritt der Mittelmächte als Bitte um Frieden und Zeichen der Schwäche vom Ausland und dabei im aufgeföhrt werden müßte. Andererseits glaubte ich, daß

ein Friedensangebot der Mittelmächte

von der Entente leichter abgelehnt werden könnte als eine Friedensanregung Wilsons. Selbst wenn die Wilsonsche Friedensanregung abgelehnt worden wäre, wäre es vorteilhaft für uns gewesen, weil es unsere Stellung gegenüber dem Präsidenten und der ganzen Welt verbessert hätte. Wir hätten Wilson von seiner Voreingenommenheit für uns befreit und hätten ihn zu einer schärferen Stellung gegen seine Feinde veranlaßt. Das nahm ich wenigstens an, und deshalb habe ich damals nach Washington telegraphiert, daß wir einer Friedensanregung Wilsons einem deutschen Schritt den Vorzug geben würden. Ich nahm natürlich an, daß Wilson sich schnell entschließen würde. Aber dann kam die Unterredung mit Lansing, in der Lansing sagte, die belgischen Deportationen hätten eine schlechte Stimmung gegen uns hervorgerufen. Ich sah darin eine Verletzung ad calendar graecas. Graf Bernstorff telegraphierte uns, daß Wilsons Schritt sich bei den Neutralen hingehöre, daß aber auch das noch zweifelhaft wäre, denn er müsse Rücksicht nehmen auf die öffentliche Meinung. Der Schritt Wilsons war also unsicher geworden. Uns oder ihm es darauf an, den Frieden so schnell wie möglich herbeizuföhren. Wir wollten einen weiteren Winterfeldzug vermeiden und wünschten einen Friedensschritt noch vor Weihnachten. Nun war Bulareff gefallen, ein Ereignis, das in der ganzen Welt Eindruck gemacht hatte. Noch etwas solches Ereignis war es schwer, von uns zu behaupten, wir wären schwach und drohten zusammenzubröchen. Außerdem verlohnte ich mich nicht dem auch vom Reichskanzler betonten Gesichtspunkt, daß wir unter dem Volke den Eindruck schuldig wären, daß es an uns nicht läge, wenn das Völkergewissen hartgefragt würde. Alle diese Gesichtspunkte veranlaßten mich, auch dem Friedensangebot vom 12. Dezember zuzustimmen. In diesem Zusammenhang habe ich am Sonntag des 12. Dezember aus taktischen Gesichtspunkten die erwähnte Äußerung in der Pressekonferenz gemacht. Das kann natürlich wie ein Widerspruch erscheinen. Wer das sind eben Mittel, von denen man als Politiker Gebrauch machen muß, wenn man ein bestimmtes Ziel erreichen will.

Minister Dr. David: Durch die Erklärung Lansing's soll es zweifelhaft geworden sein, ob Wilson überhaupt ein Friedensangebot machen würde, mindestens wäre es in weite Ferne gerückt. Wenn das richtig ist, dann ist es erst recht nicht verständlich, wie man der Presse sagen konnte, wir wollten unser Friedensangebot erst machen, um Wilson zuzukommen. Dann war eine solche Gile gar nicht nötig. Im übrigen hat der Herr noch einmal erklärt, daß er es aus inner- und außenpolitischen Gründen für besser gehalten hätte, wenn die Wilsonsche Aktion vor der unsrigen gekommen wäre. Das liegt in der Tat auf der Hand. Selbst wenn die Wilsonsche Aktion gescheitert wäre, so hätten wir auf diese Weise Wilson auf unserer Seite gefunden. Das hätte namentlich im Auge behalten werden müssen, um das große Ziel zu erreichen, Amerika neutral zu halten. Wilson wäre unter Verbündeter gewesen bei der ganzen Aktion. (Hörseleit.) Jawohl, wir wären Wilsons Verbündete gewesen bei einer Aktion Wilsons zur Herbeiföhren des Friedens. Wilson hätte ein Angebot gemacht, wir hätten unser Einverständnis erklärt. Die Entente wäre aber auf der Gegenseite gewesen und hätte die Aktion Wilsons verhindert. Wenn die Sache so gelaufen wäre, so wäre das für uns außerordentlich wichtig gewesen. Denn wir hätten verhindert, daß Amerika seine Neutralität aufgäbe. Das hätte das höchste Ziel der deutschen Politik sein müssen, und darum verheißt ich nicht, daß von der Reichsleitung erklärt werden könnte, wir müßten Wilson zuzukommen. Das ist unbegreiflich.

Zimmermann: Man kann heute nicht sagen, welche Möglichkeiten hätten eintreten können, wenn dies oder jenes nicht gemacht oder unterlassen worden wäre. Das sind alles Vermutungen. Hier aber handelt es sich um Tatsachenermittlung. Ich kann dem Minister David nur bestätigen, daß ich einem Schritt Wilsons den Vorzug gegeben hätte. Aber dieser Friedensschritt kam nicht, und wir konnten nicht mehr warten. Ich hoffe, daß Wilson sich nun unserem Schritt anschließen würde. Er hätte solange geögert und konnte sich nicht wundern, wenn wir uns nun zu einem eigenen Schritt entschließen. Die entgegenstehenden Ausführungen von der Pressekonferenz entsprechen taktischen Erwägungen. Dr. David hätte es vielleicht anders gemacht, aber ich stand eben einer Vermittlung Wilsons von vorn-

herein skeptisch gegenüber. Dafür hatte ich eine ganze Reihe von Gründen.

Vorsitzender Warmuth ruft dann den im Presseraum anwesenden

Verlagsdirektor Georg Bernhard als Zeugen

auf und bereidigt ihn.

Georg Bernhard gibt Auskunft über die erwähnte Äußerung. Es handelt sich nicht um die sogenannte Pressekonferenz, sondern um eine besondere, vertrauliche Besprechung im kaiserlichen Amt, an der die Chefredakteure der großen Blätter teilnahmen. Sie fand am 12. Dezember, kurz bevor der Reichskanzler seine Rede hielt, statt. Ich habe die Ausführungen des Staatssekretärs damals so verstanden: Es drohte eine Friedensaktion von Wilson.

Vorsitzender Warmuth: Drohte?

Georg Bernhard: Ich habe es so verstanden. Ich habe der Friedensaktion Wilsons sehr skeptisch gegenüberstanden. Ich nahm an, daß Amerika so sehr an der Seite Englands stand, daß es nicht möglich sei, daß der Präsident Wilson eine unparteiische Aktion vornehmen könne. In den Worten des Staatssekretärs habe ich eine Bestätigung meiner Auffassung gesehen. Ich nahm an, daß der Staatssekretär derselben Auffassung sei, daß aus irgend einem Deutschland ungünstigen Grunde Wilson eine Friedensaktion vorhebe, und daß,

um diese zu verhindern,

mir das deutsche Friedensangebot machte. (Bewegung.) Erst viel später habe ich erfahren, als Bernstoff zurückkehrte, daß auf unsere Veranlassung der Präsident eine solche Friedensaktion vornehmen wollte. Nachdem ich von diesen Dingen Kenntnis erhalten hatte, wies ich in einem Artikel der „Kosischen Zeitung“ darauf hin, daß damit eine neue Situation geschaffen sei, daß hier ein Doppelspiel vorliege, das ich persönlich für höchst bedenklich halte. Nachdem ich erfuhr, was in Amerika vorgegangen war, war ich aufs höchste erschrocken über den Doppelsinn der Mitteilungen des Staatssekretärs.

Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärt der Zeuge, daß er sich des Vorlats der Äußerung des Staatssekretärs nicht mehr erinnere, daß aber ein Kollege ihm erklärt habe, der Staatssekretär habe gesagt: Wir machten das, damit

der Wilson seine Finger nicht

in der Patsche habe. Dieser Kollege war der Chefredakteur Wäcker von der „Deutschen Tageszeitung“. Ich war sehr erstaunt über die Befundung des Staatssekretärs, daß er die Presse damals irrtümlich informierte. Ich mußte annehmen, daß das, was dort der Presse gesagt wurde, durchaus den Tatsachen entspricht. Ich habe es nicht für möglich gehalten, daß man eine Anzahl führender Persönlichkeiten der Presse zusammenberuft, sie auf strengste Vertraulichkeit verpflichtet, um sie dann

hinter's Licht zu föhren.

Hg. Gothein: Ist es in solchen Fällen die Pflicht der Regierung, daß die Presse in diesem Sinne weiter arbeitet, der ange-

geben wurde? Georg Bernhard: Die Presse lernt die wirklichen Motive der Regierung kennen und schreibt nun nach ihrer Darstellung und persönlichen Auffassung das, was sie für richtig hält. Aber unter Würdigung der richtigen Motive der Regierung.

Damit ist die Vernehmung des Zeugen Bernhard beendet.

Es merket weitere Fragen an den Staatssekretär Zimmermann an gerichtet.

Hg. Gohn fragt an, ob der Staatssekretär die Äußerung getan habe: Das Gute bei dem Bruch mit Amerika sei, daß wir diesen Herrn als Friedensvermittler jetzt los sind.

Staatssekretär a. D. Zimmermann: Ich war der Ansicht, daß bei einem einigermaßen neutralen Verhalten Wilsons der Bruch zu vermeiden war. Ich war daher schwer enttäuscht. Wenn ich eine solche Äußerung getan haben sollte, dann nur in dem Sinne, daß es bei einem solchen Verhalten Wilsons wohl besser sei, daß wir mit seinen Friedensvermittlungen zu Ende gekommen seien.

Hg. Gothein: Sie waren enttäuscht über Wilson? War das Auswärtige Amt nicht stets der Meinung, daß die Erklärung des II. Boot-Krieges nicht bloß zum Bruch, sondern auch zum Kriege mit Amerika föhren würde?

Zimmermann: Gewiß, aber es kam eine neue Wendung dadurch herbei, daß Wilson die Friedensvermittlung anbot. Wir sind auf diese letzte Chance, die sich bot, eingespungen, um die Gefahr eines Krieges mit Amerika zu vermeiden. Unser Telegramm war recht entgegenkommend abgeföhrt. Der Wunsch, zu einer Verständigung zu gelangen, kommt darin zum Ausdruck. Wir konnten leider die II-Boot-Waffe nicht sofort abstoppen, weil das technisch unmöglich war. Wir erkännen uns aber sofort bereit, den II-Boot-Krieg einzustellen, wenn Wilson Friedensverhandlungen in Aussicht stellen konnte. Er hätte das durchsetzen können, wenn er es wirklich gewünscht hätte.

Vorsitzender Warmuth bittet um Auskunft über die

Deportationsfrage der belgischen Arbeiter

nach Deutschland. In einem Telegramm des Wiener Botschafters Nedel vom 21. Dezember 1918 wird erklärt, daß Gerard es für außerordentlich wichtig hält, daß die Deportation aufhöre. Sie habe außerordentliche Empörung in Amerika hervorgerufen.

Zimmermann: Ich war ein sehr scharfer Gegner dieser Maßnahme, weil sie außenpolitisch sehr schädlich war. Ich habe meinen Standpunkt an den geeigneten Stellen vertreten. Aber die militärischen Notwendigkeiten waren ausschlaggebend. Ich habe versucht, nach Eingang des Telegramms diese Deportation rückgängig zu machen oder wenigstens zu mildern, damit ich in der Lage war, unseren Feinden zu sagen: Die Sache ist durchaus nicht so schlimm. Es war für mich sehr fatal.

Vorsitzender Warmuth: Kennen Sie nicht in noch intensiverer Weise dagegen aufzutreten, da Sie die politische Stimmung in Amerika kennen?

Zimmermann: Ich habe intensiv eingegriffen, soweit es mir möglich war.

v. Bethmann Hollweg: Was politischen Standpunkte aus waren mit diese Deportationen

im höchsten Grade unvernünftig.

Sie sind als militärische Notwendigkeiten begründet worden, um das Hindenburg-Programm auszuführen zu können. Trotzdem habe ich in voller Uebereinstimmung mit Bissing dafür gewirkt, daß die Exzesse beseitigt würden. Ich habe mit Bissing in Berlin darüber verhandelt und ihn veranlaßt, nach Belgien zu fahren und mit Hindenburg und Ludendorff weiter darüber zu sprechen. Bissing hat dort auch gewisse Widerungen durchgeföhrt. Ich habe mich weiter um Abstellung der Exzesse bemüht. Es handelt sich um eine Maßnahme, die von der Deckschleierung als militärisch zwingend bezeichnet wurde und die militärischen politischen Folgen verhängt war. Soweit es mir möglich war, habe ich gegenüber diesen militärischen Maßnahmen meinen politischen Gründen zum Durchbruch zu helfen versucht.

Dr. Singheimer: Mit den Einzelheiten dieser Frage wird sich ein anderer Ausschuss beschäftigen. Es war eine hochpolitische Frage, die den formellen Protest Amerikas und der Schweiz hervorrief. Die politische Leitung konnte also hier dem Militär gegenüber

ihren Willen nicht durchsetzen?

Zimmermann: Es war mir nicht möglich, meine politischen Gesichtspunkte gegenüber den militärischen Notwendigkeiten durchzusetzen.

v. Bethmann Hollweg: Die militärischen Interessen standen den politischen entgegen, die Friedensaktionen Wilsons sind aber dadurch nicht gestört worden. Es dürfte sich hier nur darum handeln, ob die belgische Arbeiterdeportation mit dahin gewirkt hat, daß die Entente unser Friedensangebot so kategorisch zurückwies, wie auch die Friedensnote Wilsons beantwortete, die als Ablehnung erscheinen mußte. Es ist erklärlich, daß die Empörung über die belgische Arbeiterdeportation hierin mitgewirkt hat; aber der Haß, die Verleumdung Deutschlands als Barbarenvolk — wie wir in England nur noch Hunnen genannt und im französischen Worte „Boche“ liegt auch keine besonders liebenswürdige Einschätzung unserer Eigenschaften — wurden genährt durch diese Verleumdungen auf Grund angeleglicher Greuelthaten, deren sich unsere Soldaten generell in heroischer Leidenschaft schuldig gemacht haben sollten. So wurden wir allgemein eingeschätzt. Ob die belgische Arbeiterdeportation schließlich der ausschlaggebende Moment gewesen ist, ist mir doch zweifelhaft. **Schlüsselsatz des Gegenfahes zwischen Militär und Politik**

bin ich der Ansicht, daß, wenn die Sache so durchgeführt worden wäre, wie Freiherr von Bissing es ursprünglich beabsichtigte, die Angelegenheit sich hätte völlerrechtlich vertreiben lassen können und daß diese Erregung nicht Platz gegriffen hätte. Wir waren angesichts der unbegrenzten Munitionszufuhr, deren sich die Entente zu erfreuen hatte, vollkommen abgesehen von der Zufuhr von Rohstoffen, und wir waren auf die Ausnutzung aller Hilfsmittel im Inlande angewiesen. Da kann man den Standpunkt der Militärverwaltung verstehen, daß das alleräußerste geschehen mußte, um die notwendigen Arbeitskräfte für die Munitionsbeschaffung freizubekommen. Das müßte auch ich als Reichskanzler anerkennen. Wogegen ich eingeschritten bin, war die Vermeidung aller Folgen, die aus der außerordentlichen Stimmung im Ausland entstehen konnten. Wir mochten nun was wir wollten, wir blieben die Barbaren und Hunnen, die unterdrückt und bestraft werden mußten. Das stand nun einmal bei der Entente fest. Wären die Ansichten des Freiherrn von Bissing in ursprünglicher Form durchgeführt, so hätten wir allen Einwendungen entgegenzutreten können. Ich bin überzeugt, es wäre nichts passiert an Rußland und Italien und von all den übrigen Dingen, von denen wir wissen, daß sie bei der Ausführung dieser Angelegenheit passiert sind. Wegen diese bin ich eingeschritten.

Abg. Dr. Singheimer: Ist Ihnen bekannt, daß damals Tausende von Menschen gestorben sind, und als die Belgier hierher transportiert waren, die nötige Arbeitslosigkeit nicht vorhanden war? Die Erregung, die mit der Deportation verbunden war, mußte doch aus der Welt geschafft werden, um der Friedensaktion freie Bahn zu schaffen?

v. Bethmann Hollweg: Es ist allgemein bekannt, daß militärische Notwendigkeiten fortgesetzt in die politischen Maßnahmen hineinspielten. Ich darf wohl daran erinnern, daß dieser Dualismus schließlich schon 1866 und 1870 vorhanden gewesen ist, und was waren das für Minimalstriche gegen dieses Völlerbringen! (Werbung.) Ich bitte doch, bei Beurteilung darüber, wo diese beiden Gewalttätigkeiten gegenüber gearbeitet haben, zu bedenken, daß dies nicht aus bösem Willen des einen oder anderen geschähen ist, sondern in der Ueberzeugung, daß die Verantwortung von der einen oder anderen Gewalt getragen werden mußte, daß diese Forderungen durchgesetzt werden müßten für die Rettung unseres Volkes und Vaterlandes.

Vorsitzender Warmuth: Ist nicht in scharfer Form festgelegt worden, daß durch die Deportation der Belgier nicht die Friedensaktion gefährdet werden dürfe?

v. Bethmann Hollweg: Ob diese Gegenseite in scharfer Form festgelegt wurden, weiß ich nicht. Die Oberste Heeresleitung war von den Erregungen über die Deportation selbstverständlich unterrichtet, sie brauchte ja nur in eine Richtung hineinzusehen. Die militärische Leitung war der Ansicht, daß ohne diese Maßnahme das

Glindeburgprogramm nicht durchzuführen

sel. Daraus ergibt sich auch die Situation der politischen Stellen. Daß viele Belgier gestorben sind, weiß ich. Ich weiß, daß Krankheiten schauerhaft unter ihnen gewüthet haben. Es ist mir auch bekannt, daß die Arbeitslosigkeit nicht in genügendem Maße vorhanden war in dem Moment, als die Deportierten hier eintrafen. Ich habe den militärischen Stellen nahegelegt, alle Belgier, die noch ihrer Persönlichkeit für die Arbeit nicht geeignet waren, schleunigst zurückzuschicken.

Abg. Dr. Singheimer: Sind nicht von anderen neutralen Mächten außer der Schweiz Vorstellungen wegen der Deportation gemacht worden, ist nicht vor allen Dingen von Amerika ein Protest eingelaufen?

Zimmermann: Das muß sich aus den Akten ergeben. Ein Protest aus Amerika ist eingegangen.

Abg. Dr. Singheimer: Von einer Reihe unserer Gesandten sind bringende Berichte über die Schädlichkeit dieser Maßnahme eingegangen, so auch vom Grafen Bernstorff.

Zimmermann: Und lag daran, in dem gegebenen Zeitpunkt der Friedensvorbereitung diesen Stein des Anstoßes zu beseitigen.

v. Bethmann Hollweg: Es wäre politisch logisch das Richtige gewesen, wenn dieser Stein des Anstoßes wirklich beseitigt worden wäre. Aber wie war die Situation? Auf der einen Seite wird von der Heeresleitung diese Maßnahme als

kriegsnotwendig bezeichnet, auf der anderen Seite besteht Stiefß wegen der Friedensaktion Wilsons.

Abg. Singheimer: Als es sich um das Hilfsdienstgesetz handelte, haben Sie doch darauf gedrängt, daß dieses Gesetz aus politischen Gründen nicht vorzeitig veröffentlicht würde. Es bestand damals doch die Möglichkeit, inländische Arbeitskräfte der Militärverwaltung genähert zur Verfügung zu stellen.

Abg. Dr. Cohn: Sie begannen Ihre erste Rede im Reichstag damit, daß dem belgischen Staat und Volk ein Unrecht zugefügt worden sei. Für die Beurteilung der deutschen Kriegsführung ist dieses Anerkenntnis von größter Wichtigkeit geworden. Wäre das nicht Anlaß gewesen, die Gefahr eines erneuten Unrechtes zu beseitigen und diese zu verhindern, bevor eine Friedensaktion unternommen werden konnte?

v. Bethmann Hollweg: Ich hätte selbstverständlich gewünscht, daß unser Friedensangebot und Wilsons Aktion nicht durch andere Vorommnisse des Krieges durchkreuzt worden wären, aber auch die Stellung eines Reichskanzlers ist ungeheuer schwer, wenn militärische Autoritäten Maßnahmen fordern, ohne die sie nicht glauben den Krieg gewinnen zu können. Ich möchte mir da doch den Einwurf gestatten: Wollen wir immer nur von den eigenen Sünden und völlerrechtlichen Anomalien sprechen, wo wir einer völlerrechtlichen Anomalie gegenüberstehen wie der Blockade durch England, durch die unser Volk auf Generationen verurteilt worden ist? (Beifall und starke Bewegung.) **Vorsitzender Warmuth:** Ist die

Niede, die der Kaiser am 13. Dezember

in München hielt, die also am Tage nach unserm Friedensangebot herausgekommen ist, vor ihrer Veröffentlichung durch das W. Z. V. Ihrer Erzellenz vorgelegt worden?

v. Bethmann Hollweg: Diese Rede ist mir nicht vor ihrer Veröffentlichung gezeigt worden.

Abg. Schäfers: Bestand nicht eine generelle Anordnung, und wenn trifft die Schuld, daß diese Rede bei ihrer großen politischen Tragweite Ihrer Erzellenz nicht vorgelegt worden ist?

v. Bethmann Hollweg: Seine Majestät hat jedesmal, wenn er an die Front gefahren ist, was häufig passierte, Ansprachen an die Truppen gehalten, die selbstverständlich in erster Linie vom militärischen Gesichtspunkt getragen wurden. Politische Fragen haben nicht mitgespielt. Ich habe den Vertreter des auswärtigen Amtes im Hauptquartier dabei instruiert, daß, wenn politische Bedenken vorliegen, mit mir vor der Veröffentlichung in Verbindung getreten werden müsse. Diese allgemeine Anordnung hat bestanden. Eine Rede, die der Kaiser im Osten gehalten hat, wurde von mir mit kleinen Korrekturen herausgegeben. Später stand der ursprüngliche Wortlaut doch in den Blättern. Deshalb habe ich die Anordnung gegeben, daß gewissenhaft verhielt werde, daß Reden von irgendwelcher politischen Bedeutung nicht vorgelegt werden müßten. Die Frage hinsichtlich der Münchener Rede muß ich negativ beantworten.

Vorsitzender Warmuth: Wie kommen jetzt zu unseren Friedensbedingungen, die

im Einverständnis mit Oesterreich

formuliert worden sind.

Abg. Dr. Singheimer: Die mit Baron Surian festgelegten Friedensbedingungen vom 12. Dezember lauteten:

1. Anerkennung des Königreichs Polen;
2. Anexion kurländischen und litauischen Gebietes, das im Einverständnis mit dem Königreich Polen eine gute von Norden nach Süden laufende strategische Grenze gegen Rußland bildet;
3. Handelsvertrag mit Rußland bzw. wirtschaftliche Vorteile;
4. Garantien in Belgien, welche möglichst durch Verhandlungen mit König Albert festzustellen sind, eventuell Anexion von Lüttich und eines Landkreises;
5. Räumung des französischen Okkupationsgebietes mit Ausnahme von Longwy und Bries gegen Rückerstattung von Longwy, Kriegsentwädigung und Kompensationen;
6. Rückgabe der Kolonien mit Ausnahme von Kamerun, Karolinen und Marianen, eventuell Erwerb des Kongohafens oder eines Teiles desselben;
7. Entschädigung für Auslandsdeutsche;
8. Einverleibung Luxemburgs in das Deutsche Reich. Dies erschien notwendig für den Fall des Erwerbs von Brien und Longwy.

Die Bedingungen Oesterreichs lauteten:

1. Integrität der Monarchie; 2. geringfügige Grenzverbesserung gegenüber Rußland; 3. strategische Grenzverbesserung gegen Rumänien, Efernes Tor usw.; 4. Wiederherstellung des Königreichs Serbien unter Abtretung an Oesterreich, Bulgarien, Albanien, wirtschaftliche Angliederung des Nestes an Oesterreich; 5. Wiederherstellung Montenegros mit Grenzberichtigungen; 6. Selbständigkeit Albanien unter österreichischem Protektorat; 7. strategische Grenzverbesserung gegen Italien ohne Anexion.

Die Akten enthalten den Vermerk Erzellenz Bethmanns, daß er die Bedingungen Oesterreichs für übertrieben halte, zumal die Russen tief in Galizien ständen. Diese Forderungen sollen nicht eine conditio sine qua non sein, wie aus einem Briefwechsel Glindeburg-Bethmann hervorgeht. Nach außen hin sollten sie als Maximalbedingungen, nach innen als Minimalbedingungen aufgefaßt werden. Details blieben vorbehalten. Diese Bedingungen sind nach Uebereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung festgelegt worden. Glindeburg forderte außerdem Kriegsentwädigung von England für die Freigabe Belgiens. Herr v. Bethmann widersprach dieser Forderung unter dem Hinweis darauf, daß England ja die Wiedergutmachung fordere, also sicherlich nicht zu einem Schadenerfah seinerseits bereit sei.

v. Bethmann Hollweg: Wenn dies so in den Akten steht, so brauche ich es ja nicht erst festzustellen. Ich habe bereits am Freitag in meinem allgemeinen Exposé meine Ansicht über den Wert einer Vereinbarung über unsere Kriegsziele ausgesprochen. Ich habe während der ganzen Dauer des Krieges eine solche Vereinbarung für eine mühsige Arbeit angesehen, solange nicht die Möglichkeit vorläge, durch die Befestigung der Kriegsziele Verhandlungsmöglichkeiten zu erzeugen. Diese Vereinbarung von Kriegsziele mit unserm österreichischen Bundesgenossen hatte schließlich den Zweck, eine Stilllegung der gegenseitigen Aspirationen, soweit sie sich kreuzten, herbeizuführen. Ich habe die österreichischen Kriegsziele für weit übertrieben und unumgänglich gehalten, insbesondere zu einem Zeitpunkt, wo die russischen Armeen tief in Galizien standen. Aus dieser Tatsache allein ergibt sich die lediglich theoretische Bedeutung dieser Kriegszieleentwürfe. Was unsere eigenen Kriegsziele anlangt, so habe ich bereits ausgeführt, daß durch eine gegenseitige und sondierende Prüfungnahme der betreffenden Staatsmänner unter Berücksichtigung der militärischen Gesamtlage sich ergeben sollte, was in diesem Moment zu erreichen sei, oder wo wir Konzessionen machen müßten. Erst dann sei es möglich, ein definitives Programm aufzustellen, das als conditio sine qua non anzusehen sei. Jedenfalls sollte man auf die Friedensbedingungen kein überproportives Gewicht legen.

Abg. Dr. Singheimer: Sie haben in Ihrem Vortrag am ersten Tage des Friedensangebot als ein Glied in der Klammer annerzionistischer Kriegsziele bezeichnet. Diese Friedensbedingungen aber tragen doch

auch annerzionistischen Charakter.

Wie können Sie annerzionistische Bestrebungen anderer bekämpfen, wenn Sie hier von einer Anexion Lüttichs, Kurlands und Litauens sprechen?

v. Bethmann Hollweg: Es handelt sich bei diesen Friedensbedingungen um ein Kompromiß. Die Oberste Heeresleitung hat ihre Forderungen vom militärischen Standpunkt ausgestellt und besonders gewisse Erwerbungen im Osten als strategisch notwendig bezeichnet. Darüber habe ich meine eigenen Gedanken geäußert. Ich bin der Ansicht gewesen, daß für uns ein Friede zu erstreben sei, der uns unsere Existenz wahre. Ein Bestimmtes bin ich nicht gewesen. Gegenüber diesen strategischen Forderungen bin ich der Ansicht gewesen, daß nach diesem Kriege eine verhältnismäßig lange Friedenszeit und beschieden sein würde — an einen ewigen Frieden zu glauben vermag ich auch heute noch nicht, nachdem uns namentlich die Mentalität in der Orientie vor Augen geführt worden ist, mit der sie in Verfall des ewigen Frieden begründet hat. Wir mußten uns aber auch strategisch vorsehen, insbesondere angesichts der ungläublichen Fortschritte der Technik, die für die Führung eines nächsten Krieges noch alles im unklaren ließe.

Die Friedensbedingungen waren also ein Kompromiß zwischen militärischer und politischer Stelle. Uns geht noch nachträglich über sie

den Kopf zu zerbrechen, ist überflüssig

und mühsig. Der Herr Berichterstatter meint, ich bewege mich in Widerspruch: ich möchte auf die positiven Elemente einwirken und stelle dabei annerzionistische Kriegsziele auf. Ich will demgegenüber betonen, die Festlegung dieses Kompromisses war notwendig, damit die ganze Sache nicht vorzeitig auseinanderfiele. Man kann nicht von einem Widerspruch sprechen, zumal doch bekannt ist, daß ich den Verhandlungsfrieden angestrebt habe.

Abg. Singheimer: Warum wurde die belgische Frage nicht von vornherein außer halb der Kriegsziele gestellt?

v. Bethmann Hollweg: Jetzt nachträglich ist es sehr leicht, zu sagen: alles, was ich gemacht habe, war falsch, da der Erfolg nicht für mich war. Alle Erwägungen dieser Art liegen auf der Straße, aber es ist unfruchtbar, solchen Gedanken nachzugehen, was erzielt worden wäre, wenn man dies und das getan hätte. Wir müssen immer die damaligen Verhältnisse berücksichtigen. Wir fanden damals den Reden der feindlichen Staatsmänner und der Kollektivnote der Entente gegenüber, die vollkommen abweisend waren und eine Herztimmung und Verdringung Deutschlands verlangten. Sollten wir da sagen: wir sind die artigen Kinder, wir geben Belgien zurück und auch noch Entschädigung? Auch bei der Stellung der einzelnen Parteien im Reichstag und bei der Stimmung im Volke war das nicht möglich. Ich wäre zur Tür hinausgegangen worden. Bedenken Sie, wie die Mentalität des deutschen Volkes damals beschaffen war.

Abg. Schäfers: Ist diese Mentalität nicht entstanden durch die Veröffentlichungen, die beweisen sollten, was nicht zu beweisen war, daß Belgien gegen uns Absichten gehabt hätte?

v. Bethmann Hollweg: Es hat damals die Ueberzeugung beherrscht, daß sich aus belgischen Akten nachweisen lasse, daß die Belgier ihre Neutralität durch Verhandlungen mit England preisgegeben hatten. Durch offiziöse Mitteilungen wurde diese Stimmung verbreitet. Ich habe an meiner Meinung vom 4. August festgehalten.

Abg. Schäfers: Wer trägt die Verantwortung für diese falschen belgischen Dokumente?

v. Bethmann Hollweg: Bei der ungeheuren Zahl von Mitarbeitern kann ich das nicht sagen. Ich stand auf dem Standpunkte der Wiederherstellung Belgiens. Ich habe einmal gesagt: Wenn es nur nicht so kommt, daß wir eine ganze Menge von Milliarden an Belgien zurückgeben müssen. Eine Wiedergutmachung, wie sie jetzt geschieht, hat mir allerdings nicht vorgekommen. Eine weitergehende Erklärung über Belgien konnte ich wegen des schroffen Auftretens der Ententesmänner nicht abgeben.

Daraufhin werden die Verhandlungen abgebrochen. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, vormittag 10 Uhr, statt. Es soll zunächst der Admiral Koch vernommen werden.

Schluß gegen 2 Uhr.

Verein der Freidenker für Feuerbestattung.
(E. V.)
Sitz Berlin, Gogr. 1905
Geschäftsstelle: Berlin SW 68,
Oranienstr. 84/86, Geb. 10. a.
10-6. Sonnab. a. 10-3 Uhr.
Am 1. ds. Mts. verstarb unter Mitgl.
Frau Wilhelmine Fechner
geb. Jacob,
Tugendstr. 13.
Esche ihrem Andenken!
Die Einäscherung erfolgt
Donnerstag, d. 6. d. Mts.,
12 Uhr, im Krematorium,
Oranienstr. 87/88. 10-3
Der Vorstand.

Männer- u. Frauenchor
Neukölln.
Am Freitag, den 11. Oktober, verstarb nach kurzem Erkranken unser lieber Gangesbruder und langjähriger Kassierer
August Selkrit.
Seine vollste Tätigkeit für uns, sein nie ermüdendes Fleiß, seine Ehrlichkeit und sein offener, gerader Charakter führen ihm ein bleibendes Andenken.
Du warst einer unserer Besten! Etwas schließt der Gänger.
Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 6. November, nach 4 Uhr, im Krematorium zu Sonnenbühl, Riehlstr. 87/88, 10-3
Dankagung.
Für die hehrvolle Teilnahme an der Einäscherungfeierlichkeit meines verstorbenen Onkels, des Herrn
Julius Streblow
sowie für die schönen Kranzsendungen, vor allem aber auch für den herrlichen Nachruf des Herrn Vorsitzenden des Deutschen Hochschul- u. Berufsinstitut in Berlin, Herr Dr. Schmidt, meinen herzlichsten Dank aus.
Witwe Frieda Knauff,
Berlin S 61, Reimner Str. 2.

Einstellung des Personenverkehrs.
Ordnung der Reichsverwaltung vom 31. Oktober d. J. wird in der Zeit vom 5. bis 13. November d. J. einsehr auf künstlichen Haupt- und Nebenbahnen der gesamte Personenverkehr mit Ausnahme des unbedingt notwendigen Arbeiterverkehrs eingestellt.
Die Fahrpläne für die hiernach noch verkehrenden Arbeiterzüge werden auf den Bahnhöfen bekanntgegeben.
Galle (Galle), den 1. November 1919.
Eisenbahndirektion. 128/25

Preuß.-Südd. Klassen-Lotterie
Haupt-Ziehung: 6. November bis 2. Dezember 1919.
174 000 Gewinne und 2 Prämien im Gesamtwert von
64 Millionen 400 000 M.
Hauptgewinn 2 x 500 000 M.
1/2 26,50 1/4 52,50 1/8 105 1/16 210 u. Porto
Hahn, Preussischer
Lotterie-Einnehmer, Berlin S 14,
Prinzenstr. 79, am Moritzplatz.
Tägl. Gewinnlisten z. Preuß.-Südd. Klassen-Lotterie
5. Klasse zum Preise von 11.- Mark versendet postfrei
H. C. Hahn's Wwe., Berlin S 14,
Alexandrienstraße 70 und Prinzenstraße 79.

Spezial-Behandlung
Harn- und Blutuntersuchung, Licht- und Finnen-Behandlung, Bestrahlungen, Schnell, sicher, ohne Berufsunterbrechung.
Getrennte Wartezimmer für Damen und Herren.
nahe Alexanderplatz
Löser, Münzstr. 9 9-1, 4-3, Sonnt. 9-1

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125
Oranienburger Tor
Spr. 11-1, 6-8, Sonnt. 11-1
Erliegreiche Behandlung
Harn- u. Blutuntersuchung

Dr. Grütering
Spezialarzt
Invalidenstr. 35
Ecke Chausseestraße am
Stettiner Bahnhof.
10-1, 1/2 5-7/7, Sonnt. 11-12

Spezialarzt
Sanitätsrat Dr. Müller,
Friedrichstr. 190 II,
Eingang Kronenstr.
Spr. 11-1, 5-7, Sonnt. 11-1.
Erliegreiche Heilmethode,
Harn- und Blutuntersuchung.

Raucher dank!
ges. gesch., ermögl. in
einig. Tag, das Rauch-
ganz od. teilw. z. unter-
lassen. Amü. begut-
achtet. Wirkung ver-
dicht. Vollständig
unschäd. Tg. Anker in Aust.
uns. Institut Englbrotch.
München R. 6, Kapuzenstr. 6

Alte Gebisse
bis 1000 Mark
Blatn, Platin, Gold,
Silber über den Zahn
E. Hausdorf,
NO 18, Volkshofstr. 11. a. II.

Rüchen
solange Vorrat reicht
Mk. 360
Schlafzimmer
Spezialzimmer
Herrenzimmer
in allen Preisl. nur in der
Möbelhalle „Berolina“
(fr. Möbelhalle „Osten“)
Alexanderstr. 14 b.

Elektromotoren
Gleichstrom : Drehstrom
kaut
Ingenieurbureau Schilling
Berlin W 9, Linkstr. 10,
Tel. Lützow 3705 und 3813.

Möbilar- und Kunstgewerbe
Zimmer-einrichtungen und Einzelmöbel
Eilbergstr. 2, Teppiche, Gemälde, Kronen,
Kissen, Salonsessel von Rummerger usw.
Katalog 1838.
Ausstellung: Sonntag und Montag, den 9. und
10. November, 10-2 Uhr.
Verkauf: Dienstag bis Donnerstag, den 11. bis
13. November, 10-2 Uhr und 4-7 Uhr.
Rudolf Leptes Kunst-Möbelsalon
Berlin W 35, Potsdamer Straße 122 a/b.

Erste und Beste Hell-Anstalt Löser
D. Skottl
Spezialarzt Dir.: Löser senior
Harn- u. Blutuntersuchungen, Röntgen-Durchleuchtung etc.
Elektrische u. mediz. Bäder. — Erf. ier. eigene Heilmethode
Ecke Lindenstraße
Rosenthaler Str. 69-70, 9-1, 4-9, Sonnt. 9-1

Spezialarzt Dr. Hasché
Sprechstunden 10-1, 3-4, Sonnt. 10-1.
am Bahnhof — Teilhabung
Schiedlichstraße 90 — Teilhabung
gegründet.
Spezial-Behandlung Kühn Praxis
Andreasstr. 76, I Ecke Breslauer Str., dicht am Schles. Ent.
Sorech. 10-12, 3-7, Sonnt. geschlos. 9-1
Harn- und Blutuntersuchungen.

Wie ein Wunder
besiegt
Haussalbe
Dr. Strahl's
led. Hautausschl., Flecht.,
Hautjuck., hex. Holschad.,
Kraupfadern der Frauen
u. dergl. in Original Dosen
6 25, 9 75 erhältlich in der
„Eletan-Apotheke“
Berlin 74, Leipziger
Straße 24 (A. Ohnhoff)

Opernhaus.
Carmen.
Anfang 6 Uhr.

Schauspielhaus.
Peer Gynt.
Anfang 6 1/2 Uhr.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.

7 Uhr: **Cymbelin.**
Donn. 7: Kaufmann v. Venedig
Kammerspiele.

7 Uhr: **Iwanow.**
Dtg. 7 1/2: Büchse der Pandora.
Theater i. d.

Königgrätzerstraße
1/2 8 Uhr: Schloß Wetterstein
Dinn: Schloß Wetterstein
Freitag: Kameraden.
(Maria Orska, Alfr. Abel, Ernst
Dernburg, Frieda Richard,
Grete Diercks, Heinz Stieba,
Kurt Karsch.)
Sonnab. Schloß Wetterstein
Sonntag nachm.: Erdgeist
(Lulu: Mara Orska.)
Abends: Ein Traumspiel
(Irene Friesch, Ludwig Hartau,
Alfred Abel, Fernin, v. Alten,
Ernst Dernburg, Gust. Botz,
Frieda Richard, Jenny Marba.)
Mont.: Schloß Wetterstein

Komödienhaus
Liselott v. d. Pfalz
Berliner Theater
7.10 U.: Hummel-
Studenten.

Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die Faschingstee.
Deutsches Opernhaus
7 U.: Hoffmanns Erzählungen
Die Tribüne
7 1/2 Uhr: „Die Wandlung.“
Eden-Theater
7 1/2 U.: „U. A. W. G.“
Friedr. Wilhelmst. Th.
7 1/2 Uhr: Gretchen.
Kleines Theater.
7 1/2: Er kann nicht helfen.
Kl. Schauspielhaus.
7 1/2 Uhr: Helden.
Komische Oper
7 1/2 U.: Liebeszauber.
Lustspielhaus
7 1/2: Der Großstadt-Kavaller
Metropol-Theater.
7 Uhr: Sybill
Neues Operettenhaus.
7 1/2 U.: Die Dame vom Zirkus.
Schiller-Theat. Charl.
7 1/2: Flachsmann als Erzieher
Thalia-Theater
7 1/2 U.: Jungler Sonnenschein
Th. am Neulandplatz
3 1/2 Uhr: Margarethe (Oper).
7 1/2 Uhr:

Der Piergellebe
Theater des Westens
7 1/2 U.: Die Frau im Hermelin
Sonnab. 4 U.: Max und Moritz.
Theater d. Friedrichstadt
7 1/2 Uhr: Dr. Silexitz
mit **Rud. Schildkraut**
Walner-Theater
7.15 Uhr: Eine Ballnacht.

Residenz-Theater.
Untergrund. Klosterstraße.
Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Nachm. 4 Uhr, kleine Preise:
Rotkappchen.
Täglich Heut 299. Male
Das höhere Leben.
Von Hermann Sudermann.
Regie: Alfred Rotter.
Erich Kaiser-Titz, Olga Lim-
burg, Harry Liedtke, Rosa
Valetti, Marietta Oilly, Emma
Debnor, Günold, Mamelok,
Brenkendort
Sonnabend 4 Uhr, kleine Pr.:
Hänsel und Gretel.
Sonntag 4 Uhr, kleine Pr.
Z. 384. Male: Der gute Ruf.

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Untergrundbahn Friedrichstr.
Nachm. 4 Uhr, kleine Preise:
Schneewittchen.
Täglich 1/2 8 Uhr:

Maskerade.
Von Ludwig Püda.
Regie: Alfred Rotter.
Hansi Arnsd., Eugen Burg,
Käthe Dorsch, Paul Bildl,
Jul. Falkenstein, Hugo Flink,
Paul Levermann, Emmi Wyda.
Sonnabend 4 Uhr, kleine Pr.:
Aschenbrödel.
Son. 12 1/2 4 Uhr, kleine Pr.:
Johannisfeuer.

Walhalla-Theater.
1/2 8 Uhr:
Eine Frau wie Du.
Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Das Gesetz.

Admirals-Palast.
Allabendlich 8 Uhr:
Die lustige Puppe

Admirals-Kino
Die beiden Gatten
u. der Frau Ruth
u. mit Henry Parfen.

Volksbühne Theater
7 1/2 U.: Die Bürger von Calais

Lessing-Theater
Direktion: Victor Barnowsky.
7: Fri. Julie, Dürgrüne Kakadu
(Thilla Durieux, Ilka Grüning,
Dagry Servaes, Fritz De Lus,
Hans Fischer, Eugen Klöpfer,
Emil Lind, Konrad Veldt).
Donnerstag 7: Friut. Julie.
Der grüne Kakadu.
Freitag 7: Peer Gynt.
Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7 1/2 Cyprionne.
(Leopoldine Kohanstin, Kurt
Götz, Erich Walter.)

APOLLO THEATER
Friedrichstraße 218
Dir.: James Klein
November
7 1/2 Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2
Letzter Monat
Die große Varieté-
Ausstattungs-Schau
Die Welt im Jahre 2000!
Senta Söneland
H. Lamberts-Paulsen
Lucie Blattner
Alex Stamer
Hedwig Gitzke
Lorch Familie,
Ikarier zu Pferde
Sonn. 3 1/2 u. Erwachs.
1 Kind frei

Blauer Ssarafan
Russische Kleinkunstbühne
Bismarckstr. 6.
Moskau in Berlin 34 musik.
Kunstbild.
Russ. Ballett und Balalaika.
Vorverkauf Theaterkasse
10-1, 20 6 abds. u. an der
Theaterk. Wertheim, Leipzig 5.

Casino-Theater
Lotharingerstraße, Tagl. 7 1/2 u. U.
Nur noch kurze Zeit!
Großstadt-Pflanzen
Dazu: Schwarzaubühle.
Operettenakt m. Viktor Litzek.
Dazu: erste Klasse, Spezialitäten
Stg. 1/2: Ein sauberes Kleeblatt

Reichshall-Theater
7 1/2 Uhr und Sonntag
nachm. 3 Uhr:
Stettin-Sänger
nachm. halbe hr.
Reichshallen-S.:
Dönhofs-Breitl.

Winter-Garten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Theater am Kottbuser Tor.
Tel.: Moritzplatz 14814.
Jed. Abend 7 1/2 Uhr:
Elite-Sänger
9 nem. Mittel der
Stettiner Sänger.
Sonn. nachm. 3 Uhr
ermäß. Preise (voll.
Abend-Programm)
1 Kind frei!
Rauch: n. gestattet.
Singen-Konzert. Beg. 7.15 Uhr.
Vorverkauf: 11-1 1/2 u. 4-4 Uhr.
Neues Programm!

Schau bühne
Moritzplatz
(früher Bogenhagen).
Täglich 8 1/2 Uhr:
Große
Internationale
Ringkämpfe
unter Beteiligung d. besten
Ringer der jetzzeit.
Gesamtpreis:
15 000 Mark.
Vorher das
Ries-Varietéprogr.
6 Attraktionen.
Anfang 7.30 Uhr.
Alles Nähere durch den
täglich den Säulenschlag

ORIENT
Strasberger Platz
Lissy Klitte
Hermann Voelten
Richard Seiffack
Georg Hertel
4 Schwestern Graff
? Zanoba?
Ulrich-Duo
Hugo Hansel
Gr. Tonkünstler-Konzert
Anfang 7. Sonntags 8 1/2 Uhr.

Königstadt-Theater
7.30 Alexanderstr. 21. 7.30
Varieté-Spielplan.
Bürste: Doktor wider Willen

Circus Busch
Tgl. 7 1/2, Stg. 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr:
Neue Spezialitäten
u. a.:
Der Kopfläufer auf dem
Drahtseil.
Auf der ganzen Welt
ohne Beispiel!
Traukomische Pantomime
„Uhr Aphrodite“
Besonders hervorzuheben
Rachetanz d. Panathenien

METROPOL
KABARETT
BEHRENST. 53-54
Eise Grube
Ottmar u. Partner
Hermann Ströbel
Käthe u. Nickl
Leo Morgenstern
Paul Steinitz
Brigantino
musikal. Sketch mit
Fritz Berger - Anni Dotza
Am Flüg. Ernst Hentschel

MARMOR HAUS
In beiden Theatern
3. Woche
Berlin
Tagesgespräch
Der Kolossalfilm
Pest
in Florenz
Kurtisanenherrenschafft
der Italien. Renaissance.
Re. le:
OTTO RIPPERT
Vorverkauf 11-1
THEATER
AM
MORITZPLATZ

Beethovenaal. 2 Lust. Abende
Sonntag, 9. und Sonntag, 16. November, 7 1/2:
MARCELL SALZER
Karten 6 bis 2 M. Bote & Bock u. Wertheim.

Das Kino des Ostens
M. L.

Mariannen-Lichtspiele
Wrangelstraße 11 • Am Mariannenplatz

Eröffnung
morgen Donnerstag.

Bunte Küchen
von 300 Mark an
1- u. 2-Stuben-Einrichtungen
Bar oder Kredit!
Möbel-Gross
Große Frankfurter Str. 141
Invalidenstr. 5, Eing. Ackerstr.
Zahlungsbedingungen nach Wunsch. Größte
Rücksicht bei Arbeitslosigkeit u. Krankheit.
Kaufverträge, Sperrbriefe, Scheine in Kontant

Wie kräftige ich meinen Körper?
von Dr. Rich. Weill.
Sonderabdruck aus: „Blätter für Volksaufklärung“, auf
Anfrage frei von Dr. Rich. Weill, Berlin C 2, Pradstr. 13/14.

Spezialarzt Dr. med. Coleman
Sprachstunden 9-11 1/2, Sonntags 9-11.
Friedrichstraße 91/92, Ecke Dorotheen-
straße. • Zahnklinik
geöffnet.

Möbel
Schlafzimmer
echt Eiche,
mit Patentböden
und Matratzen
M. 2390,-
Auf Wunsch
Zahlungsanleihe.

Stolzmann
Belle Alliancestr.
100

PELZ-WAREN
Export Engros
Einzelverkauf
wie alljährlich preiswertes
Angebot in
Kragen, Hüften und
Pelzhüten
Fuchsgarnituren
in großer Auswahl
Reparaturen u. Umarbeitung
prompt und billigst.
Ad. Abrahamsohn Nachf.
261 Neue Königstr. 261

Alte Gebisse
bis 1000 M.
Platinstiftzähne
von 8.50 bis 87.50.
Platin, bis höchsten Dreif.
Schlage jede Konturen,
Gold, Silber, Kunst
Fran Knuth, Altona
Nr. 54, 2.

Stahldrahtmatratzen
für jede Bettstelle nach Maß,
an Jedermann. Katalog frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl i. Th.

Zähne von 3 Mk. an
Bei Bestellung eines Gebisses Zahnelben gratis.
Umarbeiten fehlender Gebisse in 2-3 Tagen.

Blomben von 3 Mark an.
Schriftliche Garantie.

Zahn-Praxis E. Brotman
Zuvalidenstraße 151, vorn I.
Spezialität:
Kronen - Brücken - Stiftzähne - Goldplatte.

Für den Winter!
Heißgetränke, alkoholfrei mit
Rumpunsch-Aroma
Liter 3.50 M. inkl. Steuer.
Glühpunsch-Aroma
Liter 3.00 M. inkl. Steuer.
Das tägliche Getränk in jedem Haushalt!
!! Kein Zucker erforderlich !!
1 Teil Extrakt, 2 Teile siedendes Wasser ergeben
ein herrliches, süßes Getränk.
H. Krömer, Berlin K, Oranien-
burger Str. 60.
Verkaufsstellen:
Andreasstr. 77, Chausseestr. 76
Potsdamer Str. 76, Birkenwer 25
Nowaweg, Lindenstraße 7, Spandau, Brückenstr. 4

Verwand nach außerhalb in Korbfässchen
von 5, 10 und 25 Liter. Diese werden zum
vollen Preise frei zurückgenommen.

Quecksilber
1 Kilo für
Mark 50.-
kauft Metallkontor, Alte Jakobstraße 133
Moritzplatz 125/26.

Bekannter Schriftsteller, langj. Parteil- u. Gewerkschafts-
mitglied, über gründliche Auslandskenntnisse verfügend,
wünscht als
10290*

leitender Redakteur
oder Auslandsredakteur in großer Persönlichkeit (Mehr-
heit) einzutreten. Zuschriften mit Gehaltsangebot unter
C. 40 an die Expedition des „Vorwärts“.

Gewerkschaftssekretär für Bremerhaven
gesucht.
Derselbe muß die Geschäfte des Gewerkschaftssekretärs führen und imstande sein, Vertretungen im Arbeiterssekretariat zu übernehmen. Gewerkschaftliche Erfahrungen, sozialpolitische Kenntnisse, organisatorische und agitatorische Fähigkeiten ist Voraussetzung.
2217*

Die Anstellung erfolgt nach den Bedingungen des Vereins „Arbeiterpresse“ nebst Teuerungszulagen. Dienstjahre werden angerechnet. Der Eintritt muß sofort erfolgen. Bewerbungen sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis 15. November 1919 an Peter Müller, Bremerhaven, Ankerstr. 16 zu richten.

Kastenmacher
Ein durchaus tüchtiger, selbständiger Kastenmacher wird sofort gesucht, speziell zum Karosseriebau. Hoher Verdienst zugesichert. Sprachkenntnisse nicht notwendig. Der Meister spricht Deutsch. Die Reise wird nach einer monatlichen Arbeitsleistung vergütet.
- V. Prandow, Sönderalle 45, Aarhus, Dänemark.

Telefonkloster
Sucht gelbte Telefonen/Arbeiterinnen.
Schwan & Co., Elte
3a abstr. 23/24, 2015

Knochenzähnefabrik
wird, verlangen sofort
Über. Borsdorf, 250erfabrik,
117* Pappmüller 78/79.

Viktoria
Inn. Ernst Hofmann
Café und Diele
Unter den Linden 40 • Ecke Friedrichstraße

Café: Konzerte Rudolf Weintraub
Viktoria-Diele: 1. Stock zum 5-Uhr-Tea u. abends
Kapelle Beermann und Kapelle Makowski.

Treffpunkt aller Fremden

Die überragende Persönlichkeit
von
Frank Wedekind
ist heute anerkannt. Er ist der heute am
meisten aufgeführte Autor. Er ist der
geistige Führer der neuen Generation

Sein Lebenswerk
ist vereinigt in der Ausgabe
Gesammelte Werke
6 Bände
Gebunden M. 72.-
(mit 10% Buchhändlerzuschlag)

Georg Müller Verlag
München, Elfaberthstr. 26
Verlangen Sie kostenfrei unsere Kataloge

Vertretung für Portugal,
Portugalisches Haus, Sitz Lissabon, nebst Agenten
auf dem ganzen Kontinent, in den portugiesischen
Kolonien und Filialen in Kinschasa (Belgische Kongo),
sucht Vertretung für Portugal, die portugiesischen
Kolonien, den Belgischen und Französischen Kongo
für alle deutschen Waren, insbesondere Werkzeuge,
Eisen-, Kurz- und Stahlwaren, industrielle und land-
wirtschaftliche Maschinen, Elektromotoren, Dynamos,
elektrische Artikel, Metalle im allgemeinen, emaillierte
Eisenwaren, Akkordeons, Papier, Webwaren, Fahr-
räder, Automobile, Lastwagen etc.
10232.*

Nogueira Limitada
Hauptgeschäfts: Lissabon (Portugal)
107 Rpa dos Douroiros.
Telegraphen-Adresse: Nogueira-Lisbon. Bankkonto:
Banco Naciono Ultramarino Lissabon-Paris-London.

Bürgerliche Möbel
die noch günstig eingekauft, daher
preiswert und gut, sind noch in großer,
reichhaltiger Auswahl vorhanden. Lager-
besuch ist lohnend und ohne Kauf-
verpflichtung. Auf Wunsch Zahlungs-
anleihe.

Möbel-Frese,
Weinbergsweg 1, Rosenthaler Platz.

2-3 Tischler
auf bessere Spiel- und Dekor-
stühle verlangt Cafe & Co.
Hedwigstr. 25, 2732*

2 Stellmacher,
1 Schmied, 10229
1 Schlosser,
2 Zimmerleute
werden sofort eingeteilt.
Karl Brandt,
W 9, Schellingstraße 7.

Wir stellen sofort
50 Tischler
ein. Bewerbungen mit Übers-
sage an die
10-6*
Luft-Fahrzeug-Gesellschaft
M. B. H.
Wert Stralsund.

Vorarbeiter
von deutscher Arbeit. Rühr-
betriebe gesucht. Offerten unter
L. St. 154 an Löw & Steiner,
Rummelsburg-Expedition, Berlin,
Jägerstr. 62a, 164/15

Gewerkschafts-Sekretär
gesucht.
Für das neu zu errichtende Bezirkskartell-Sekretariat wird eine auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung und sozialen Gesetzgebung erfahrene tüchtige Kraft zum 1. Dezember d. J. gesucht.
Angebote mit Angaben der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und Hinzufügung eines Aufsatzes über die Aufgaben eines Bezirkskartell-Sekretärs sind bis zum 20. November an das Arbeiterssekretariat in Kottwitz, Holzstraße 37, z. H. des Arbeiterssekretärs Clemmer zu richten. Polnische Sprache erwünscht. - Gehaltsanprüche sind anzugeben. 2216

Ansträgerinnen
für den „Vorwärts“
werden eingestellt in folgenden Filialen
Berlin: Ackerstr. 174, am Kottbusplatz. - Prinzessstr. 31, Hof part. - Fritze, Steglitzer
Str. 37, Laden. - Markstr. 34. - Döts, Immanuelstr. 34. - Malla,
Petersburger Platz 4. - Zinke, Lindenstr. 3, Laden. - Joseph, Wilhelmstr. 10
Str. 18. - Lausitzer Platz 14/15.

Neukölln: Heinrich, Neckerstraße 2
Steglitz: Me. Widcker, Schildhornstr. 11
Lichtenberg: AM-Rothagen 56,
Wartenbergstr. 1.

Achtung!

Bürger!

Lieber

Wege zum wirtschaftlichen Wiederaufbau

am 6. November, abends 7 1/2 Uhr

Herr Otto Gütke | **Herr Franz Fahr**

Brig bei Becker,
Chausseestr. 97.

Indl.-Brauerei,
Germannstr. 214-219.

Erscheint in Massen!

Gegen Wucher und Schleichhandel!
Werkstätige Bevölkerung des Nordens!

Am 6. November, abends 7 1/2 Uhr
sprechen über

Die Reichsfinanzen und der deutsche Arbeiter

Willi Vetter

Ernst Greiser

Gesellschaftshaus,
Swinowander Str. 42.

Pfefferberg-Brauerei,
Schuhmacher Allee 118.

Gestaltet diesen Vortragsabend zu einer Massenkundgebung gegen Wucher — gegen Schleichhandel!

Bürger, Konsumenten, Hausfrauen!

Am 6. November, abends 7 1/2 Uhr

Oeffentlicher Vortrag
des Herrn **Joh. Lüdors!**

Die Wahrheit über unsere Wirtschaftslage

im Deutschen Hof, Luckauer Str. 15.

Einwohner des Südens!

Es gilt Kampf gegen Wucher u. Schleichhandel.

Bürger, Hausfrauen, Konsumenten!

Am 6. November 1919, abends 7 1/2 Uhr,
im Lehrervereinshaus, Alexanderstr. 41,

Oeffentlicher Vortrag

Thema:

Valuta u. Teuerung

Redner: Hauptschriftleiter **Walter Moszkowski.**

Bürger, Hausfrauen, Konsumenten! Erscheint in Massen.
Es geht jeden an!

Bürger, Konsumenten, Hausfrauen!

Die brennendste Frage der Gegenwart.

Deutschlands Fall und Wiederaufstieg

Oeffentlicher Vortrag am 7. November,
abends 7 1/2 Uhr, im Lokal **Rheingold**,
Reinickendorf, Hausotterstraße 43.

Redner: **Herr Kurt Bergel.**

Gegen Schleichhandel und Wucher.

Werkstätige Bevölkerung des Ostens!

Am 7. November 1919, abends 7 1/2 Uhr,
spricht in der **Patzonhofer Brauerei**, **Landsberger Allee 25**, **Herr Ernst Greiser** über:

Die Reichsfinanzen und der deutsche Arbeiter.

Gestaltet diesen Vortragsabend zu einer Massenkundgebung gegen Wucher und Schleichhandel!

Möbel-Cohn

Im Osten: **Gr. Frankfurter Str. 58** 5 Min. vom Alexanderpl.
Im Norden: **Badstraße 47-48** 5 Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen.

Möbel auf Kredit oder Bar

Riesen-Auswahl. Billigste Preise. Sehr kulant Bedingungen.
Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit!
Lieferung frei Haus. — Lieferungen auch nach auswärts.
Kriegsanleihe und Sparbauseinlöser nehmen gern als Anzahlung.

Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Jugendsekretariat W 9, Bellevuestraße 7, III.

Mittwoch, den 5. November, abends 7 Uhr, in den Germania-Prachtsälen,
Chausseestraße 110

Große Jugendversammlung

Thema:

Die wahren und die falschen Freunde der Jugend

Referent: **Franz Krüger, M. d. R.**

Freie Aussprache.

Jugendgenossen in Werkstatt und Kantor, erscheint in Massen. Arbeiter, Parteigenossen! Macht eure schulentlassenen Söhne und Töchter auf die Versammlung aufmerksam! Kommt selbst in die Versammlung!

Der Bezirksvorstand.

Wege zum wirtschaftlichen Wiederaufbau

werden gezeigt in

zwei Vortragsabenden

am Freitag, den 7. November, abends 7 1/2 Uhr

Pharus-Säle,
Müllerstr. 142.

Prachtsäle des Nordens
Gerichtstr. 31.

Redner: **Lehrer Winter.** | Redner: **Willi Vetter.**

Gegen Wucher und wirtschaftliche Ausbeutung!

Bürger, kommt alle!

Am Freitag, den 7. November, abends 7 1/2 Uhr:

Oeffentlicher Vortrag

des Lehrers **Schöne** im Nordwesthotel, Turmstraße 7

über

Valuta und Schleichhandel

Gegen Wucher und wirtschaftliche Ausbeutung!

Bürger Berlins!

Wie verwerten wir unsere Kriegsanleihe?

Diese brennende Frage beantworten

Emil Unger

Herbert Berger

Franz Fahr

In den
Orpheus-Sälen,
Brückenstr. 2

In der
Sophien-Sälen,
Sophienstr. 17/18

Im
Gesellschaftshaus
Rosenthaler Str. 36

am Freitag, den 7. November 1919,
abends 7 1/2 Uhr.

Freitag, den 7. November,
abends 8 Uhr:

Georg Bernhard

Valuta und Auslandskredit

im Oberlichtsaal der „Philharmonie“

Veranstalter:

Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche
und wirtschaftliche Bildung, Berlin W 8

Eintritt frei!

Möbel auf Kredit

Kleinste Anzahlung — Beste Auszahlung — Größte Rücksicht.
Einzeln Möbel gebe bereitwillig ab.
Bei Verzögerung bedeutende Preisermäßigung.

M. Landwehr

Müllerstraße 7, eine Treppe.

Kriegsanleihe arbeitslos in Zahlung.

Lieferung auch nach auswärts.

Frisch eingetroffen:

Schokoladen — diverse Sorten
Kakao — **Kaffee**
Bohnen — **Linsen** — **Reis**
Sultaninen — **Korinthen**
Schmalendeln / **Oelsardinen** / **Reisstärke**
Marseiller Watson / **Sunlight**
F. P. A. Kauffmann, Berlin, Wallstr. 55.



Berliner Sitzmöbel-Industrie

O. M. d. R.

Berlin C2, Neue Promenade 1

Eckhaus am Bahnh. Börse.

Klubsessel!

Eigenes erstkl. Fabrikat.

Lagerbesuch erbeten!

Alte Wein-
stuben **J. F. Rauch**

Brunnenstr. 174, nur nach Gold-
gesch. Busse, Friedrichstr. 11,
Gr. Frankl. Str. 112, nach Jandorf,
Invalidenstr. 164.

Cognac! Endlich

ein guter, zuckergesüßter, preis-
werter, kräftiger Likör:

Körners Original Stonsdorfer

Zuckergesüßter Sekt,
Echt Schwarze Steinbäder,
kräftig, vorzüglich, Rotwein,
Silber Obst-„baumwein“,
Süßer Maitrank, FL 4,75 Mk
Vorsüßl. bitt. B. wienwein.

Hlg. Orts-Arztentafel Berlin-Weihensee.

Die nächste
**ordentliche
Auswahl-Sitzung**
findet statt am
Donnerstag, den 13. No-
vember 1919, abds. 7 Uhr,
in Berlin-Weihensee, Berliner
Allee 112, im Restaurant „Zum
Praktiker“ (hinter Goal) mit
folgender

- Tagesordnung:**
1. Bericht des Vorstandes durch den Vorsitzenden.
 2. Bericht der Jahresrechnungs-Kommission.
 3. Verlesung und Festsetzung des Haushaltsplanes.
 4. Wahl der Jahresrechnungs-Kommission.
 5. Verlesung und Festsetzung der Änderung der §§ 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.
 6. Verlesung und Festsetzung der Änderung der §§ 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.
 7. Wahl einer Kommission zur Verlesung des Haushaltsplanes in der nächsten Sitzung (1. Vorsitzender, 2. Vorsitzender).
 8. Verlesung und Festsetzung der Änderung der §§ 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.
 9. Tagesangelegenheiten.
- Jam Eintritt sind nur die mit einer Legitimation versehenen Auswahlglieder berechtigt.
1793 Der Vorstand,
Fendel, Weihensee.

Frost

bedenken, frische
und verarbeitete
Kaffeesorten
aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

aus den besten
Kaffeeplantagen
aus den besten
Kaffeeplantagen

Groß-Berlin

Die Versammlungen am 9. November.

Das Oberkommando (gez. Koste) erläßt folgende Bekanntmachung: Für den 9. November d. J. werden alle in geschlossenen Räumen stattfindenden öffentlichen Versammlungen, die dem Jahrestag zur Revolution zum Anlaß nehmen, genehmigt.

Am 7. November d. J. an dem einzelne Kreise der Bevölkerung den Jahrestag der russischen Revolution zu feiern gedenken, dürfen Versammlungen unter freiem Himmel nicht stattfinden.

Da dem Bedürfnis der Bevölkerung nach Versammlungsmöglichkeit am 9. November voll Rechnung getragen ist, muß die Beachtung der geringen notwendigen Einschränkungen unter allen Umständen erwartet werden.

Der Minister nicht auf dem Katheder.

In dem von den Professoren Briz und Gernier geleiteten Städtebau-Seminar an der Technischen Hochschule in Charlottenburg sollte gestern der Preussische Finanzminister Dr. Sülde über „Geld und Recht“ sprechen.

Als Ersatz sprang ein Professor Gernier mit einem Vortrag über „Künstlerische Gestaltung der Kleinhausbedeutung“.

Wir wollen mit der übergrogen Mehrheit der Berliner Wohnungskommissionen hoffen, daß der Wohlfahrtsminister sich durch die systematischen Angriffe von jener Seite nicht vom richtigen Wege abdrängen läßt.

Gegen die Kohlenstieber!

Wegen zahlreicher grober Verstöße gegen die Verordnung des Kohleverbandes Groß-Berlin, insbesondere auf dem Gebiete

Montrose.

14) Detektivroman von Sven Eibestad. Hinter dem Vortisch, das Morgengewölbe wie freundlichere und leichtere Wälchen flankierend, saßen vier Damen.

Die geschminkten Schönheiten hinter dem Schenkflisch schienen durch irgend eine Sinnlosigkeit des Schicksals einzig und allein hier zu sein, um sich mit Handarbeiten zu beschäftigen.

Die anderen Damen waren auch fleißig mit Handarbeiten, Porzellan- oder Miniaturmalerei beschäftigt — alle Beschäftigungen eines vornehmen Heims schienen hinter diesem Vortisch reichlich vertreten zu sein — und davor versammelten sich die Weiden des gefährlichen Lebens in Gestalt von Männern.

der Zentralheizung-Velieferung, wodurch die gleichmäßige Belieferung der Verbraucher schwer gefährdet wurde, ist gegen sämtliche Inhaber und fahrende Beamte der „Montania“-Handels-Gesellschaft für Kohlen, Koks und Nebenprodukte m. b. H. Charlottenburg, Knefelerstr. 5 und der am Kongress der „Montania“ angehörenden Firmen Adolf Schnabel, Schlachtensee, Am Bahnhof, August Riemann, Schlachtensee, Am Güterbahnhof, Paul Wehnert Nachf., Berlin-Holensee, Güterbahnhof, Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet worden mit dem gleichzeitigen an die Staatsanwaltschaft gerichteten Erlauchen, das Verfahren auch gegen die an den Verstoßen beteiligten Verbraucher auszudehnen.

Sprechzeiten der juristischen Sprechstunde: Montag, Mittwoch und Freitag 2-5 Uhr; Dienstag und Donnerstag 3-6 Uhr; Sonnabend 3-5 Uhr.

Diebstahl an der englischen Kontrollkommission. Von dem Grundstück Behrenstr. 41 wurden in der Nacht zum Sonntag zwei der Kontrollkommission gehörende Autos gestohlen.

Schwedische Weihnachtsgabe für deutsche Kinder. Der Deutschen Wohlfahrtsstelle wurde vom Schwedischen Roten Kreuz die Summe von 12 904 M. überreicht, gesammelt von schwedischen Kindern für hungernde deutsche Kinder.

Kohlenverteilung. Von heute ab dürfen bis auf weiteres neben den bereits durch die Bekanntmachung der Kohlenstelle Groß-Berlin vom 29. September 1919 und 25. Oktober 1919 festgelegenden Abständen auch auf die Abstände 1, 11, 21, 31, 41, 51 und 61 der 5., 10., 20., 30., 40-Gemeindearten Kohlen abgehoben und entnommen werden.

Secretariat für militärische Angelegenheiten, Lindenstr. 3, 2. Hof, 4. Etz., Zimmer 10. Die juristische Sprechstunde findet heute von 6-7 Uhr statt.

Eine schwarze Ledertasche wurde nach einer Sitzung am Donnerstag, den 30. 11., im Reichsarbeitsamt kriminalpolizeilich mitgenommen.

Zur Einkerbung des Personenverkehrs. Die heute Nacht 12 Uhr in Kraft tritt, erfahren wir von der Eisenbahndirektion Berlin noch folgende Einzelheiten: Der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr wird von der Einschränkung zunächst noch nicht berührt werden.

fehenden Jäger des K. Hoerdes fahren oder beginnen in Charlottenburg beim Schleißer Bahnhof. Daher werden die Jäger der Vorortlinie Spandau-Strausberg ab Spandau 7.24 vorm. 2.40 nachm. und 7.32 abends, die bisher noch über die Stadtbahnlinie verkehren, in Charlottenburg enden und in Schleißer Bahnhof um 8.17 vorm., 8.46 nachm. und 8.38 abends nach Strausberg wieder einlefen.

Schönbergs Lebensmittelversorgung wurde in der Stadtverordnetenversammlung über deren ersten Teil vor gestern berichtet) von der mittelständlerischen „Wirtschaftlichen Vereinigung“ als sehr verlustreich hingestellt.

Die Berliner Wirtschaftliche Vereinigung, die einen Bericht über die Lebensmittelversorgung und deren Verluste gefordert hatte, wolle die ungünstigen Ergebnisse gegen die Kommunalisierung auspielen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Bis Freitag in den Bezirken der 107. (Zellbez.), 110, 113, 120, und 203. Brotkommission pro Kopf 125 Gramm Röhle. Tadeln. Bis Freitag 250 Gramm Kartoffelmehl auf 100 Gm. 94 (alt. 2.50 M.), 150 Gramm Nudeln bzw. Gago (ohne Wabl) auf 100 Gm. 93 (alt. 0.66 bez. 1.30 M.).

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag.

Zunächst größtenteils trüb mit wiederholten leichten Schneefällen und gelindem Frost. Später zeitweise etwas aufklaren und ein wenig milder.

Mitten in diesem Blumenbeet aber thronte die Unbeschreiblichkeit, der Wirt selbst, vor einem Champagnerkübel aus Silber, von Wirtbechern umgeben.

Da kam Rudolf, um die Herren auf ihre Zimmer zu führen — Thomas Iris Zimmer.

X. Der singende Priester.

Es erregte kein Aufsehen, als die Herren die Bar des „Vergoldeten Pfau“ verließen; in jenem Lokal schien es Regel zu sein, daß jeder tat, was ihm beliebt, ohne daß andere sich darum kümmerten.

Der kolossale Wirt hinter dem Schenkflisch schien ganz und gar in das Puzen des Champagnerkübels vertieft zu sein — und nichts störte die vier Schönen in ihren häuslichen Beschäftigungen.

Rudolf ging mit fliegenden Rockschößen voran, indem er seine Serviette hin und her schwenkte.

„Meine Herren, diesen Weg, diesen Weg, meine Herren.“ Man hatte einen Wegweiser im „Vergoldeten Pfau“ allerdings sehr nötig.

Aufscheinend war das Hotel mehrfach angebaut worden. Die Stockwerke lagen übereinander, wie unordentlich zusammengewürfelte Schachteln.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

15.-18. Abt. Frauenversammlung Donnerstag 7^{1/2} Uhr in den Comeniusstr. 67 (Zunmer), Vortrag der Genossin Hoppe über Jugendwohlfahrt.
 20. Abt. Donnerstag 7^{1/2} Uhr abends bei Burg, Prenzlauer Meer 100: Funktionärversammlung.
 33. Abt. Heute abends bei Gilmwald, Putzuser Str. 24, — Danne, Kammerstr. 5, — Gabriel, Tenniser Str. 15, — Schreier, Grünhaldenstr. 13.
 Alt-Genossen — Falkenberg. Heute: Außerordentliche Generalversammlung bei Bohn, Grünauer Straße — Erscheinen aller Genossinnen und Genossen dringend notwendig. — Frauenleichenabend Donnerstag im Lokal von Ringenberg, Grünauer Str. 24, abends 7^{1/2} Uhr. Vortrag der Genossin Klinkat über Erziehungsfragen.
 Marienfelde. Besichtigung des Gen. Hermann Fischer heute nachmittags 3 Uhr auf dem Gärtnersriedhof, Heienfelde.
 Marienborf-Lübende. Heute abends 7 Uhr bei Kienborf, Gaussestr. 19: Orchester-Vorstellung. — Um 8 Uhr im selben Lokal (nicht bei Kienborf) Orchester-Vorstellung.
 Treptow-Baumschulweg. Heute abends 7^{1/2} Uhr: Extra-Zahl-abend in dem bekannten Lokal.

Sportnachrichten.

Der Arbeiter-Schwimm-Verein Neutölln veranstaltete am 2. November sein erstes Friedensschwimmen, dessen Ergebnisse wir im Nachfolgenden mitteilen: Totale Männerkategorie 4x50 Meter 1. Vorwärts-Berlin 2:30; 2. N.-S.-B. Neutölln 2:37; 3. S.-B. Ude-Randeburg 2:44; 4. Totale Damenkategorie 100 Meter: 1. N. Kähler, Nord-Berlin 1:59; 2. M. Schick, N.-S.-B. Neutölln 2:01; 3. S. Singspiel, Nord-Berlin 2:09; 4. Rührkes Männerkategorie, Klasse A. 100 Meter: 1. M. Buhh 1:40; 2. G. Gramer 1:39; 3. E. Montag 1:39; Klasse B. 50 Meter Draf: 1. E. Conber 49; 2. Ried 50; 3. E. Weiss 51. Totale Damenkategorie: 1. S.-B. Neptun-Weihenitz 37; 2. Bunte; 3. S.-B. Freiheit-Berlin 36; 4. Bunte; 5. Nord-Berlin und Ude-Randeburg 37; 6. Bunte. Totales Hauptkategorie 500 Meter: 1. N. Schulz, Neutölln 3:19; 2. S. Tufke, Neutölln 3:25; 3. W. Brand, Neutölln 3:34; 4. G. G. Neutölln 3:52; 5. Internes Frauenkategorie 100 Meter: 1. S. Ubrich 1:58; 2. E. Blau 2:09; 3. Totale Damenkategorie 4x50 Meter: 1. N.-S.-B. Neutölln 2:48; 2. N.-S.-B. Nord-Berlin 2:49; 3. S.-B. Neutölln 2:51; 4. Totales Männerkategorie 100 Meter: 1. O. Rühle, Neutölln 1:34; 2. G. Jahr, Neutölln 1:37; 3. G. Klein, Neutölln 1:37; 4. S. Ubrich, Neutölln 1:34; 5. Internes Damenkategorie 500 Meter, Jugend bis 17 Jahre: 1. 2. Dames 1:01; 2. N. Tufke 1:03. Ueber 17 Jahre: 1. S. Dörfler 57; 2. S. Kultima 59; 3. N. Birk 1:03; 4. Totales Damenkategorie: 1. Frau Gutow, Neutölln 67; 2. Bunte; 3. Totales Männerkategorie 100 Meter: 1. N. Neg. Neutölln 1:29; 2. M. Buhh, Neutölln 1:30; 3. Namin, Weihenitz 1:30; 4. G. Rühl, Neutölln 1:30; 5. Totales Jugendkategorie 4x50 Meter: 1. S.-B. Neutölln 2:04; 2. S.-B. Neptun-Weihenitz 2:07; 1. S.-B. Neutölln 2:04; 2. S.-B. Ude-Randeburg — N.-S.-B. Neutölln 5:22. Internes Frauenkategorie 4x25 Meter: 1. Ranshoff 1:49; 2. Neutölln 1:49; 3. Neutölln 1:49; 4. Neutölln 1:49; 5. Neutölln 1:49; 6. Neutölln 1:49; 7. Neutölln 1:49; 8. Neutölln 1:49; 9. Neutölln 1:49; 10. Neutölln 1:49; 11. Neutölln 1:49; 12. Neutölln 1:49; 13. Neutölln 1:49; 14. Neutölln 1:49; 15. Neutölln 1:49; 16. Neutölln 1:49; 17. Neutölln 1:49; 18. Neutölln 1:49; 19. Neutölln 1:49; 20. Neutölln 1:49; 21. Neutölln 1:49; 22. Neutölln 1:49; 23. Neutölln 1:49; 24. Neutölln 1:49; 25. Neutölln 1:49; 26. Neutölln 1:49; 27. Neutölln 1:49; 28. Neutölln 1:49; 29. Neutölln 1:49; 30. Neutölln 1:49; 31. Neutölln 1:49; 32. Neutölln 1:49; 33. Neutölln 1:49; 34. Neutölln 1:49; 35. Neutölln 1:49; 36. Neutölln 1:49; 37. Neutölln 1:49; 38. Neutölln 1:49; 39. Neutölln 1:49; 40. Neutölln 1:49; 41. Neutölln 1:49; 42. Neutölln 1:49; 43. Neutölln 1:49; 44. Neutölln 1:49; 45. Neutölln 1:49; 46. Neutölln 1:49; 47. Neutölln 1:49; 48. Neutölln 1:49; 49. Neutölln 1:49; 50. Neutölln 1:49; 51. Neutölln 1:49; 52. Neutölln 1:49; 53. Neutölln 1:49; 54. Neutölln 1:49; 55. Neutölln 1:49; 56. Neutölln 1:49; 57. Neutölln 1:49; 58. Neutölln 1:49; 59. Neutölln 1:49; 60. Neutölln 1:49; 61. Neutölln 1:49; 62. Neutölln 1:49; 63. Neutölln 1:49; 64. Neutölln 1:49; 65. Neutölln 1:49; 66. Neutölln 1:49; 67. Neutölln 1:49; 68. Neutölln 1:49; 69. Neutölln 1:49; 70. Neutölln 1:49; 71. Neutölln 1:49; 72. Neutölln 1:49; 73. Neutölln 1:49; 74. Neutölln 1:49; 75. Neutölln 1:49; 76. Neutölln 1:49; 77. Neutölln 1:49; 78. Neutölln 1:49; 79. Neutölln 1:49; 80. Neutölln 1:49; 81. Neutölln 1:49; 82. Neutölln 1:49; 83. Neutölln 1:49; 84. Neutölln 1:49; 85. Neutölln 1:49; 86. Neutölln 1:49; 87. Neutölln 1:49; 88. Neutölln 1:49; 89. Neutölln 1:49; 90. Neutölln 1:49; 91. Neutölln 1:49; 92. Neutölln 1:49; 93. Neutölln 1:49; 94. Neutölln 1:49; 95. Neutölln 1:49; 96. Neutölln 1:49; 97. Neutölln 1:49; 98. Neutölln 1:49; 99. Neutölln 1:49; 100. Neutölln 1:49; 101. Neutölln 1:49; 102. Neutölln 1:49; 103. Neutölln 1:49; 104. Neutölln 1:49; 105. Neutölln 1:49; 106. Neutölln 1:49; 107. Neutölln 1:49; 108. Neutölln 1:49; 109. Neutölln 1:49; 110. Neutölln 1:49; 111. Neutölln 1:49; 112. Neutölln 1:49; 113. Neutölln 1:49; 114. Neutölln 1:49; 115. Neutölln 1:49; 116. Neutölln 1:49; 117. Neutölln 1:49; 118. Neutölln 1:49; 119. Neutölln 1:49; 120. Neutölln 1:49; 121. Neutölln 1:49; 122. Neutölln 1:49; 123. Neutölln 1:49; 124. Neutölln 1:49; 125. Neutölln 1:49; 126. Neutölln 1:49; 127. Neutölln 1:49; 128. Neutölln 1:49; 129. Neutölln 1:49; 130. Neutölln 1:49; 131. Neutölln 1:49; 132. Neutölln 1:49; 133. Neutölln 1:49; 134. Neutölln 1:49; 135. Neutölln 1:49; 136. Neutölln 1:49; 137. Neutölln 1:49; 138. Neutölln 1:49; 139. Neutölln 1:49; 140. Neutölln 1:49; 141. Neutölln 1:49; 142. Neutölln 1:49; 143. Neutölln 1:49; 144. Neutölln 1:49; 145. Neutölln 1:49; 146. Neutölln 1:49; 147. Neutölln 1:49; 148. Neutölln 1:49; 149. Neutölln 1:49; 150. Neutölln 1:49; 151. Neutölln 1:49; 152. Neutölln 1:49; 153. Neutölln 1:49; 154. Neutölln 1:49; 155. Neutölln 1:49; 156. Neutölln 1:49; 157. Neutölln 1:49; 158. Neutölln 1:49; 159. Neutölln 1:49; 160. Neutölln 1:49; 161. Neutölln 1:49; 162. Neutölln 1:49; 163. Neutölln 1:49; 164. Neutölln 1:49; 165. Neutölln 1:49; 166. Neutölln 1:49; 167. Neutölln 1:49; 168. Neutölln 1:49; 169. Neutölln 1:49; 170. Neutölln 1:49; 171. Neutölln 1:49; 172. Neutölln 1:49; 173. Neutölln 1:49; 174. Neutölln 1:49; 175. Neutölln 1:49; 176. Neutölln 1:49; 177. Neutölln 1:49; 178. Neutölln 1:49; 179. Neutölln 1:49; 180. Neutölln 1:49; 181. Neutölln 1:49; 182. Neutölln 1:49; 183. Neutölln 1:49; 184. Neutölln 1:49; 185. Neutölln 1:49; 186. Neutölln 1:49; 187. Neutölln 1:49; 188. Neutölln 1:49; 189. Neutölln 1:49; 190. Neutölln 1:49; 191. Neutölln 1:49; 192. Neutölln 1:49; 193. Neutölln 1:49; 194. Neutölln 1:49; 195. Neutölln 1:49; 196. Neutölln 1:49; 197. Neutölln 1:49; 198. Neutölln 1:49; 199. Neutölln 1:49; 200. Neutölln 1:49; 201. Neutölln 1:49; 202. Neutölln 1:49; 203. Neutölln 1:49; 204. Neutölln 1:49; 205. Neutölln 1:49; 206. Neutölln 1:49; 207. Neutölln 1:49; 208. Neutölln 1:49; 209. Neutölln 1:49; 210. Neutölln 1:49; 211. Neutölln 1:49; 212. Neutölln 1:49; 213. Neutölln 1:49; 214. Neutölln 1:49; 215. Neutölln 1:49; 216. Neutölln 1:49; 217. Neutölln 1:49; 218. Neutölln 1:49; 219. Neutölln 1:49; 220. Neutölln 1:49; 221. Neutölln 1:49; 222. Neutölln 1:49; 223. Neutölln 1:49; 224. Neutölln 1:49; 225. Neutölln 1:49; 226. Neutölln 1:49; 227. Neutölln 1:49; 228. Neutölln 1:49; 229. Neutölln 1:49; 230. Neutölln 1:49; 231. Neutölln 1:49; 232. Neutölln 1:49; 233. Neutölln 1:49; 234. Neutölln 1:49; 235. Neutölln 1:49; 236. Neutölln 1:49; 237. Neutölln 1:49; 238. Neutölln 1:49; 239. Neutölln 1:49; 240. Neutölln 1:49; 241. Neutölln 1:49; 242. Neutölln 1:49; 243. Neutölln 1:49; 244. Neutölln 1:49; 245. Neutölln 1:49; 246. Neutölln 1:49; 247. Neutölln 1:49; 248. Neutölln 1:49; 249. Neutölln 1:49; 250. Neutölln 1:49; 251. Neutölln 1:49; 252. Neutölln 1:49; 253. Neutölln 1:49; 254. Neutölln 1:49; 255. Neutölln 1:49; 256. Neutölln 1:49; 257. Neutölln 1:49; 258. Neutölln 1:49; 259. Neutölln 1:49; 260. Neutölln 1:49; 261. Neutölln 1:49; 262. Neutölln 1:49; 263. Neutölln 1:49; 264. Neutölln 1:49; 265. Neutölln 1:49; 266. Neutölln 1:49; 267. Neutölln 1:49; 268. Neutölln 1:49; 269. Neutölln 1:49; 270. Neutölln 1:49; 271. Neutölln 1:49; 272. Neutölln 1:49; 273. Neutölln 1:49; 274. Neutölln 1:49; 275. Neutölln 1:49; 276. Neutölln 1:49; 277. Neutölln 1:49; 278. Neutölln 1:49; 279. Neutölln 1:49; 280. Neutölln 1:49; 281. Neutölln 1:49; 282. Neutölln 1:49; 283. Neutölln 1:49; 284. Neutölln 1:49; 285. Neutölln 1:49; 286. Neutölln 1:49; 287. Neutölln 1:49; 288. Neutölln 1:49; 289. Neutölln 1:49; 290. Neutölln 1:49; 291. Neutölln 1:49; 292. Neutölln 1:49; 293. Neutölln 1:49; 294. Neutölln 1:49; 295. Neutölln 1:49; 296. Neutölln 1:49; 297. Neutölln 1:49; 298. Neutölln 1:49; 299. Neutölln 1:49; 300. Neutölln 1:49; 301. Neutölln 1:49; 302. Neutölln 1:49; 303. Neutölln 1:49; 304. Neutölln 1:49; 305. Neutölln 1:49; 306. Neutölln 1:49; 307. Neutölln 1:49; 308. Neutölln 1:49; 309. Neutölln 1:49; 310. Neutölln 1:49; 311. Neutölln 1:49; 312. Neutölln 1:49; 313. Neutölln 1:49; 314. Neutölln 1:49; 315. Neutölln 1:49; 316. Neutölln 1:49; 317. Neutölln 1:49; 318. Neutölln 1:49; 319. Neutölln 1:49; 320. Neutölln 1:49; 321. Neutölln 1:49; 322. Neutölln 1:49; 323. Neutölln 1:49; 324. Neutölln 1:49; 325. Neutölln 1:49; 326. Neutölln 1:49; 327. Neutölln 1:49; 328. Neutölln 1:49; 329. Neutölln 1:49; 330. Neutölln 1:49; 331. Neutölln 1:49; 332. Neutölln 1:49; 333. Neutölln 1:49; 334. Neutölln 1:49; 335. Neutölln 1:49; 336. Neutölln 1:49; 337. Neutölln 1:49; 338. Neutölln 1:49; 339. Neutölln 1:49; 340. Neutölln 1:49; 341. Neutölln 1:49; 342. Neutölln 1:49; 343. Neutölln 1:49; 344. Neutölln 1:49; 345. Neutölln 1:49; 346. Neutölln 1:49; 347. Neutölln 1:49; 348. Neutölln 1:49; 349. Neutölln 1:49; 350. Neutölln 1:49; 351. Neutölln 1:49; 352. Neutölln 1:49; 353. Neutölln 1:49; 354. Neutölln 1:49; 355. Neutölln 1:49; 356. Neutölln 1:49; 357. Neutölln 1:49; 358. Neutölln 1:49; 359. Neutölln 1:49; 360. Neutölln 1:49; 361. Neutölln 1:49; 362. Neutölln 1:49; 363. Neutölln 1:49; 364. Neutölln 1:49; 365. Neutölln 1:49; 366. Neutölln 1:49; 367. Neutölln 1:49; 368. Neutölln 1:49; 369. Neutölln 1:49; 370. Neutölln 1:49; 371. Neutölln 1:49; 372. Neutölln 1:49; 373. Neutölln 1:49; 374. Neutölln 1:49; 375. Neutölln 1:49; 376. Neutölln 1:49; 377. Neutölln 1:49; 378. Neutölln 1:49; 379. Neutölln 1:49; 380. Neutölln 1:49; 381. Neutölln 1:49; 382. Neutölln 1:49; 383. Neutölln 1:49; 384. Neutölln 1:49; 385. Neutölln 1:49; 386. Neutölln 1:49; 387. Neutölln 1:49; 388. Neutölln 1:49; 389. Neutölln 1:49; 390. Neutölln 1:49; 391. Neutölln 1:49; 392. Neutölln 1:49; 393. Neutölln 1:49; 394. Neutölln 1:49; 395. Neutölln 1:49; 396. Neutölln 1:49; 397. Neutölln 1:49; 398. Neutölln 1:49; 399. Neutölln 1:49; 400. Neutölln 1:49; 401. Neutölln 1:49; 402. Neutölln 1:49; 403. Neutölln 1:49; 404. Neutölln 1:49; 405. Neutölln 1:49; 406. Neutölln 1:49; 407. Neutölln 1:49; 408. Neutölln 1:49; 409. Neutölln 1:49; 410. Neutölln 1:49; 411. Neutölln 1:49; 412. Neutölln 1:49; 413. Neutölln 1:49; 414. Neutölln 1:49; 415. Neutölln 1:49; 416. Neutölln 1:49; 417. Neutölln 1:49; 418. Neutölln 1:49; 419. Neutölln 1:49; 420. Neutölln 1:49; 421. Neutölln 1:49; 422. Neutölln 1:49; 423. Neutölln 1:49; 424. Neutölln 1:49; 425. Neutölln 1:49; 426. Neutölln 1:49; 427. Neutölln 1:49; 428. Neutölln 1:49; 429. Neutölln 1:49; 430. Neutölln 1:49; 431. Neutölln 1:49; 432. Neutölln 1:49; 433. Neutölln 1:49; 434. Neutölln 1:49; 435. Neutölln 1:49; 436. Neutölln 1:49; 437. Neutölln 1:49; 438. Neutölln 1:49; 439. Neutölln 1:49; 440. Neutölln 1:49; 441. Neutölln 1:49; 442. Neutölln 1:49; 443. Neutölln 1:49; 444. Neutölln 1:49; 445. Neutölln 1:49; 446. Neutölln 1:49; 447. Neutölln 1:49; 448. Neutölln 1:49; 449. Neutölln 1:49; 450. Neutölln 1:49; 451. Neutölln 1:49; 452. Neutölln 1:49; 453. Neutölln 1:49; 454. Neutölln 1:49; 455. Neutölln 1:49; 456. Neutölln 1:49; 457. Neutölln 1:49; 458. Neutölln 1:49; 459. Neutölln 1:49; 460. Neutölln 1:49; 461. Neutölln 1:49; 462. Neutölln 1:49; 463. Neutölln 1:49; 464. Neutölln 1:49; 465. Neutölln 1:49; 466. Neutölln 1:49; 467. Neutölln 1:49; 468. Neutölln 1:49; 469. Neutölln 1:49; 470. Neutölln 1:49; 471. Neutölln 1:49; 472. Neutölln 1:49; 473. Neutölln 1:49; 474. Neutölln 1:49; 475. Neutölln 1:49; 476. Neutölln 1:49; 477. Neutölln 1:49; 478. Neutölln 1:49; 479. Neutölln 1:49; 480. Neutölln 1:49; 481. Neutölln 1:49; 482. Neutölln 1:49; 483. Neutölln 1:49; 484. Neutölln 1:49; 485. Neutölln 1:49; 486. Neutölln 1:49; 487. Neutölln 1:49; 488. Neutölln 1:49; 489. Neutölln 1:49; 490. Neutölln 1:49; 491. Neutölln 1:49; 492. Neutölln 1:49; 493. Neutölln 1:49; 494. Neutölln 1:49; 495. Neutölln 1:49; 496. Neutölln 1:49; 497. Neutölln 1:49; 498. Neutölln 1:49; 499. Neutölln 1:49; 500. Neutölln 1:49; 501. Neutölln 1:49; 502. Neutölln 1:49; 503. Neutölln 1:49; 504. Neutölln 1:49; 505. Neutölln 1:49; 506. Neutölln 1:49; 507. Neutölln 1:49; 508. Neutölln 1:49; 509. Neutölln 1:49; 510. Neutölln 1:49; 511. Neutölln 1:49; 512. Neutölln 1:49; 513. Neutölln 1:49; 514. Neutölln 1:49; 515. Neutölln 1:49; 516. Neutölln 1:49; 517. Neutölln 1:49; 518. Neutölln 1:49; 519. Neutölln 1:49; 520. Neutölln 1:49; 521. Neutölln 1:49; 522. Neutölln 1:49; 523. Neutölln 1:49; 524. Neutölln 1:49; 525. Neutölln 1:49; 526. Neutölln 1:49; 527. Neutölln 1:49; 528. Neutölln 1:49; 529. Neutölln 1:49; 530. Neutölln 1:49; 531. Neutölln 1:49; 532. Neutölln 1:49; 533. Neutölln 1:49; 534. Neutölln 1:49; 535. Neutölln 1:49; 536. Neutölln 1:49; 537. Neutölln 1:49; 538. Neutölln 1:49; 539. Neutölln 1:49; 540. Neutölln 1:49; 541. Neutölln 1:49; 542. Neutölln 1:49; 543. Neutölln 1:49; 544. Neutölln 1:49; 545. Neutölln 1:49; 546. Neutölln 1:49; 547. Neutölln 1:49; 548. Neutölln 1:49; 549. Neutölln 1:49; 550. Neutölln 1:49; 551. Neutölln 1:49; 552. Neutölln 1:49; 553. Neutölln 1:49; 554. Neutölln 1:49; 555. Neutölln 1:49; 556. Neutölln 1:49; 557. Neutölln 1:49; 558. Neutölln 1:49; 559. Neutölln 1:49; 560. Neutölln 1:49; 561. Neutölln 1:49; 562. Neutölln 1:49; 563. Neutölln 1:49; 564. Neutölln 1:49; 565. Neutölln 1:49; 566. Neutölln 1:49; 567. Neutölln 1:49; 568. Neutölln 1:49; 569. Neutölln 1:49; 570. Neutölln 1:49; 571. Neutölln 1:49; 572. Neutölln 1:49; 573. Neutölln 1:49; 574. Neutölln 1:49; 575. Neutölln 1:49; 576. Neutölln 1:49; 577. Neutölln 1:49; 578. Neutölln 1:49; 579. Neutölln 1:49; 580. Neutölln 1:49; 581. Neutölln 1:49; 582. Neutölln 1:49; 583. Neutölln 1:49; 584. Neutölln 1:49; 585. Neutölln 1:49; 586. Neutölln 1:49; 587. Neutölln 1:49; 588. Neutölln 1:49; 589. Neutölln 1:49; 590. Neutölln 1:49; 591. Neutölln 1:49; 592. Neutölln 1:49; 593. Neutölln 1:49; 594. Neutölln 1:49; 595. Neutölln 1:49; 596. Neutölln 1:49; 597. Neutölln 1:49; 598. Neutölln 1:49; 599. Neutölln 1:49; 600. Neutölln 1:49; 601. Neutölln 1:49; 602. Neutölln 1:49; 603. Neutölln 1:49; 604. Neutölln 1:49; 605. Neutölln 1:49; 606. Neutölln 1:49; 607. Neutölln 1:49; 608. Neutölln 1:49; 609. Neutölln 1:49; 610. Neutölln 1:49; 611. Neutölln 1:49; 612. Neutölln 1:49; 613. Neutölln 1:49; 614. Neutölln 1:49; 615. Neutölln 1:49; 616. Neutölln 1:49; 617. Neutölln 1:49; 618. Neutölln 1:49; 619. Neutölln 1:49; 620. Neutölln 1:49; 621. Neutölln 1:49; 622. Neutölln 1:49; 623. Neutölln 1:49; 624. Neutölln 1:49; 625. Neutölln 1:49; 626. Neutölln 1:49; 627. Neutölln 1:49; 628. Neutölln 1:49; 629. Neutölln 1:49; 630. Neutölln 1:49; 631. Neutölln 1:49; 632. Neutölln 1:49; 633. Neutölln 1:49; 634. Neutölln 1:49; 635. Neutölln 1:49; 636. Neutölln 1:49; 637. Neutölln 1:49; 638. Neutölln 1:49; 639. Neutölln 1:49; 640. Neutölln 1:49; 641. Neutölln 1:49; 642. Neutölln 1:49; 643. Neutölln 1:49; 644. Neutölln 1:49; 645. Neutölln 1:49; 646. Neutölln 1:49; 647. Neutölln 1:49; 648. Neutölln 1:49; 649. Neutölln 1:49; 650. Neutölln 1:49; 651. Neutölln 1:49; 652. Neutölln 1:49; 653. Neutölln 1:49; 654. Neutölln 1:49; 655. Neutölln 1:49; 656. Neutölln 1:49; 657. Neutölln 1:49; 658. Neutölln 1:49; 659. Neutölln 1:49; 660. Neutölln 1:49; 661. Neutölln 1:49; 662. Neutölln 1:49; 663. Neutölln 1:49; 664. Neutölln 1:49; 665. Neutölln 1:49; 666. Neutölln 1:49; 667. Neutölln 1:49; 668. Neutölln 1:49; 669. Neutölln 1:49; 670. Neutölln 1:49; 671. Neutölln 1:49; 672. Neutölln 1:49; 673. Neutölln 1:49; 674. Neutölln 1:49; 675. Neutölln 1:49; 676. Neutölln 1:49; 677. Neutölln 1:49; 678. Neutölln 1:49; 679. Neutölln 1:49; 680. Neutölln 1:49; 681. Neutölln 1:49; 682. Neutölln 1:49; 683. Neutölln 1:49; 684. Neutölln 1:49; 685. Neutölln 1:49; 686. Neutölln 1:49; 687. Neutölln 1:49; 688. Neutölln 1:49; 689. Neutölln 1:49; 690. Neutölln 1:49; 691. Neutölln 1:49; 692. Neutölln 1:49; 693. Neutölln 1:49; 694. Neutölln 1:49; 695. Neutölln 1:49; 696. Neutölln 1:49; 697. Neutölln 1:49; 698. Neutölln 1:49; 699. Neutölln 1:49; 700. Neutölln 1:49; 701. Neutölln 1:49; 702. Neutölln 1:49; 703. Neutölln 1:49; 704. Neutölln 1:49; 705. Neutölln 1:49; 706. Neutölln 1:49; 707. Neutölln 1:49; 708. Neutölln 1:49; 709. Neutölln 1:49; 710. Neutölln 1:49; 711. Neutölln 1:49; 712. Neutölln 1:49; 713. Neutölln 1:49; 714. Neutölln 1:49; 715. Neutölln 1:49; 716. Neutölln 1:49; 717. Neutölln 1:49; 718. Neutölln 1:49; 719. Neutölln 1:49; 720. Neutölln 1:49; 721. Neutölln 1:49; 722. Neutölln 1:49; 723. Neutölln 1:49; 724. Neutölln 1:49; 725. Neutölln 1:49; 726. Neutölln 1:49; 727. Neutölln 1:49; 728. Neutölln 1:49; 729. Neutölln 1:49; 730. Neutölln 1:49; 731. Neutölln 1:49; 732. Neutölln 1:49; 733. Neutölln 1:49; 734. Neutölln 1:49

Abrechnung mit den Demagogen.

Wagel seit der Aufgabe der Rüststellung jeder feste Mittelpunkt fehlt. Sein Hauptstützpunkt ist jetzt das stark besetzte Gatschina, das vorläufig durch Frontalangriffe noch nicht gefährdet ist; gelingt es aber Judentum nicht, die durch Rote Kavallerie unterstützten Umklammerungsversuche abzuwenden, wird auch Gatschina unhaltbar. Damit wäre das Schicksal der Nordwestarmee besiegelt, was man in Seltingfors, wo sich eine Sondermission der Weissen Armee aufhält, rückhaltlos zugibt. Man erhofft eine Rettung der Lage nur noch vom Eingreifen Finnlands.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß sowohl die läbliche Kriegslage wie der Widerstand weiter Arbeiterkreise in den Westländern die Entente zu einem Wechsel in der Behandlung Sowjetrußlands zwingt. Schon will der Londoner „Daily Herald“ wissen, daß die britische Regierung geneigt sei, den Vorschlag einer Konferenz zwischen Sowjetrußland und den Alliierten in Erwägung zu ziehen. Entscheidender noch als dieser vorsichtige Fühler ist eine Mitteilung der „Chicago Tribune“, daß die Vereinigten Staaten es abgelehnt haben, sich an der Blockade Sowjetrußlands zu beteiligen. Aus New York soll ein Kurier nach Petersburg entsandt werden, der die Verlorung der Stadt mit Reichsionferven und kondensierter Milch in die Wege leiten soll. Die für Rußland bestimmten amerikanischen Lebensmittel lagerten bereits im Freihafen von Kristiania.

Da also die Trauben der kriegerischen Eroberung wegen des als Leistung bewundernswürdigen Widerstandes der Roten Truppen für die Entente zu teuer geworden sind, scheint aus dem Trop ein Liebeswerben zu werden, das wir den Moskauer nicht zu mißgönnen brauchen, aber die Selbstverständlichkeit der Ablehnung einer Beteiligung an der Blockade durch Deutschland doppelt unterstreicht.

Die Schraube zieht an.

Am Montag wurde der deutsche Friedensdelegation in Paris eine Note des Obersten Rates überreicht. Die Note führt aus, daß die drei der assoziierten und assoziierten Hauptmächte den Vertrag ratifiziert haben, der in den Schlussbestimmungen des Friedensvertrags vorgesehene Zeitpunkt zur Aufstellung des ersten Protokolls gekommen sei. Die deutsche Regierung werde gebeten, daran teilzunehmen zu wollen. Da jedoch von diesem Tage an der Vertrag in Kraft trete und die Fristen laufen, so habe der oberste Rat beschlossen, das Protokoll erst dann aufzunehmen, wenn die Ausführung der Deutschland durch das Waffenstillstandsabkommen übertragenen Verpflichtungen genau in einem zweiten Protokoll präzisiert sei.

Deutschland habe aber eine Anzahl der ihm auferlegten Verpflichtungen nicht erfüllt. Es seien noch 28000 Maschinen (I) und Wagen zu liefern. Die aus russischen Deutschen beschlagnahmten Gelder und Werte seien noch nicht zurückgegeben. Die vollständigen Verzeichnisse der von den Deutschen beschlagnahmten Gelder und Werte seien noch nicht übergeben. Man habe die deutschen Schiffe in Scapa Flow gefordert. Auch in anderen Punkten, die einzeln aufgeführt sind, habe Deutschland seine Pflichten nicht oder nicht voll erfüllt. Der Oberste Rat hat infolgedessen eine Reihe von

Strafbestimmungen

aufgestellt, darunter die Publikation von falschen Kreuzern und von 400000 Tonnen an schwimmenden Docks, Kränen, Schleppern und Baggern. Auch soll die Befahrung der in Scapa Flow versenkten Kriegsschiffe zurückgehalten werden. Für den Fall der Weigerung sind Zwangsmassnahmen angedroht.

Ferner sind bis zum 10. November bevollmächtigte Vertreter nach Paris zu entsenden, welche mit den Vertretern der assoziierten und assoziierten Mächte die mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrags erforderlichen Uebergangsbestimmungen für die Abstimmungsgebiete usw. zu regeln haben.

Der bei mir angefragt hatte, ob ich Lust dazu habe und mich dafür fähig hielte. Nun, ich hatte ganz und gar keine Lust dazu. Ich habe ja eine sehr gute Existenz und dann wußte ich, man wolle mich bloß aus meiner Industriezeitung fortjagen — weil ich „sowjetisch und gefährlich“ war, und da wollte ich doch meinen Peinigen den Gefallen nicht tun. Also meinen Lebenslauf wollte man haben und ob ich Lust hätte und fähig wäre! — Nun, so besah ich mich um die Stelle. — Ich fühle mich hochgeehrt usw., werde natürlich mit Lust und Liebe den Posten ausfüllen — so schrieb ich zurück — und was die Fähigkeiten anbelangt, so können Sie wohl beruhigt sein. Ich bin zwar von Haus aus simpler Schlossermeister, aber ich habe über drei Jahre meines Lebens im Stützen geleistet, da weiß ich ungefähr, worauf es beim Volzeiverwalter ankommt. — Loblied.

Die gewünschte Wirkung blieb nicht aus. Bald erhielt ich die briefliche Nachricht, daß man mich als Volzeiverwalter in Jutrasschin im Kreise Katwisch nicht brauchen könne. Die Nachricht war nicht niederschmetternd für mich, denn ich brauchte ja den hochweisen Magistrat aus Jutrasschin im Kreise Katwisch schon lange nicht.

Die neue Reichsverfassung, ihre Entstehung und ihr Aufbau. So ist der Titel einer Schrift, die Max Quard der wachsenden Zahl von Lehrgangsgängen und Erläuterungen der neuen Reichsverfassung hinzufügt mit der Absicht, einen Ueberblick des großen Werkes zu geben, der zwar kurz gefaßt ist, aber gleichwohl alles Wesentliche deutlich nach Zweck und Notwendigkeit kennzeichnet. Jeder muß sich suchen, dies Werk an ganzen geistig zu erdorn; es genügt nicht, nur bei irgendwelchem praktischen Bedarf ein begrenztes Stück vorzunehmen. Die neuen Zustände des Reichs machen es zu einer obersten Pflicht, ernsthaft Staatsbürgerkunde zu treiben, um reif zu werden zur Mitarbeit am praktischen politischen Leben, das die Festigung und den wohnlichen Ausbau des neuen Volkshauses zu befragen hat. Diese Aufgabe des Gemeininteresses will zu ihrem Teil die sehr übersichtliche Schrift Max Quards fördern. Wer sie durchgelesen hat, wird das Urteil unterschreiben, daß sie unentbehrlich ist als Einführung und als Leitfaden. Sie kostet 1 Mk. und ist im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, erschienen.

Die Staatstheater-Matineen im Schauspielhaus beginnen am 16. November 11 Uhr. In dem Gesamtprogramm „Bilder aus deutschen Dichtern“ werden in dieser ersten Veranstaltung nach einem Vortrag von Prof. Dr. A. Hübner über „Deutsches Mittelalter“ „Bruchstücke epischer Dichtungen des Mittelalters“, Minnelieder und nuzerliche Vertonungen mittelalterlicher Legie geboten. Via Rollen, Maria Gerhart, Bruno Lenzmann, Heinz Eickhofen wirken mit.

Ausstellung der 118. In der am 6. November bei Carl-W. Rotschamer Str. 118, eröffneten November-Ausstellung werden Gemälden von Louis Corinich, Curt Hermann und dem Bildhauer Kurt Edgar gezeigt.

Vorträge über Schiller wird demnächst Dr. Max Paulsen, 57 Jahre alt. Das Thema lautet: Schiller über Deutschland und Staatsgenossenschaft, Veranstalter ist die Arbeitsgemeinschaft „Kunst und Arbeit“ Steglitz, Breitenf. 22, Grenzstr. 3075. Preise der Karten: 9, 6 und 4 Mk. für 4 Doppeltickets, 3, 2 und 1 Mk. für einen Einzelsitz.

Geist John trägt am 7. November, abends 7 1/2 Uhr, im Stieglitz Saal, Rothenburgerstr. 18, aus seinen Dichtungen vor.

Die der S. P. D. angehörenden Mitglieder des Metallarbeiterverbandes hielten gestern abend eine Versammlung ab, die den großen Saal des Lehrervereinsanstalt samt der Bühne und den Goleorien bis auf den letzten Platz füllte. — Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Referat des Kollegen Haas-Röhl über den Stuttgarter Verbandstag. Der Redner schilderte das Verhalten der Opposition und zeigte, daß sie bei der Zusammenfassung der Mandatsprüfungskommission und auch bei der Entscheidung über die angeforderten Mandate sich nicht von Rechtsgrundlagen, sondern nur von ihren parteipolitischen Interessen leiten ließ. Auch die Entscheidungen der Beschwerdekommission, denen die Mehrheit des Verbandstages zustimmte, lasen jedes Rechtsempfinden vermissen. Der Redner führte Einzelfälle an, von denen er sagte, das sei Parteilust, wie sie schlimmer nicht gedacht werden könne.

Als in der geschlossenen Sitzung über den Berliner Streik verhandelt wurde, hob sich die Fraktion Haas auf den Standpunkt gestellt, der Streik sei da und müsse unterdrückt werden. Bei dieser Gelegenheit habe Ruff gesagt, trotz der Ablehnung und der sonstigen ungünstigen Verhältnisse habe sich die Berliner Ortsverwaltung gezwungen gesehen, den Streik zu beschließen, weil sonst die Berliner Kollegen gegen den Willen der Ortsverwaltung in den Streik eingetreten wären. (Gelächter.) Solche Grundfälle — sagte Haas — sind falsch. Die Arbeiter sollen den Streik nicht aufnehmen unter Umständen, wo sie den Unternehmern einen Gefallen damit tun. Man soll nur dann streiken, wenn man den Streik für durchführbar hält. (Zustimmung.) Ich will über den Berliner Streik nicht urteilen, schon weil er trotz der Verschärfung, die er heute erfahren hat, dem Ende zugeht. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Redner ging dann auf die Tagesordnung des Verbandstages ein. Zur Frage der Arbeitsgemeinschaft habe Richard Müller eine Resolution ausgearbeitet, die von seiner Fraktion in sehr wesentlichen Punkten geändert worden sei. In seinem Referat habe Müller seine, in seiner Resolution niedergelegten Anschauungen nicht vertreten, jetzt aber vertrete er sie in der „Metallarbeiterzeitung“. Warum? In der Zeitung spreche er zu 1 1/2 Millionen Leser ohne Widerspruch zu finden, auf dem Verbandstage würde er auf lebhaften Widerspruch der Minderheit gestossen sein.

Bei der Statutenberatung habe sich Müller ohne weiteres für den Abschluß kollektiver Arbeitsverträge erklärt, obgleich er vorher die Arbeitsgemeinschaft entschieden abgelehnt habe, die doch im wesentlichen auf demselben Grunde ruhe wie der kollektive Arbeitsvertrag. Der Redner kam zu dem Schluss: Wir wollen den Verband nicht zertrümmern, denn das wäre die größte Gefahr für alle Arbeiter. Wir bleiben im Verband und kämpfen für unsere Anschauung, bis sie sich durchsetzen hat. Wir werden über kurz oder lang wieder ans Ruder kommen. (Sehr richtig!) Wir müssen nur wollen, die mit uns übereinstimmenden Kollegen müssen Befehrernat haben, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben. Der zukünftige Verbandstag darf keine Fraktionsbildung zeigen, er muß nach rein gewerkschaftlichen Grundfragen zusammengesetzt sein und entscheiden. (Lebhafte Beifall.)

Die Diskussion über das Referat wurde verlagert. Drolat berichtete über die

Verhandlungen im Metallarbeiterstreik.

Nachdem über die Frage der Wiedereinstellung keine Verständigung mit den Unternehmern erzielt werden konnte, wandte sich die Streikleitung an die politischen Parteien, die dann eine Sitzung mit der Streikleitung abhielten. Der Redner nahm als Vertreter des S. P. D. Vollaugsrats an der Sitzung teil. Ein Aufruf wurde vereinbart, der die Arbeiterkraft zum Kampf auffordert gegen jeden Anschlag auf die Grundrechte der Arbeiter. Bei der Ausführung des Aufrufs ging man davon aus, daß die Unternehmer wirklich beabsichtigten, die Grundrechte der Arbeiter anzugreifen. Durch Vermittlung des Reichswirtschaftsministers kam dann eine Besprechung der Parteivertreter mit den Unternehmern zustande, wobei die Streikleitung nicht zugegen war. Als sich die Unternehmer zu einer Sonderbesprechung zurückgezogen hatten, entwarf Minister Schmidt die Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit. Dieser Entwurf wurde Ruff vorgelesen, der erklärte, er werde denselben in der Generalversammlung der Metallarbeiter empfehlen. (Zuruf: Das hat er auch getan.) Der Entwurf ist am Sonntag im „Vorwärts“ veröffentlicht. Ruff habe erklärt, er sehe diese in der Sitzung zustandgekommene Vereinbarung mit einem nassen und einem trockenen Auge an.

Ein Generalstreik — sagte Ruff — können wir nicht mehr zustande bringen.

Die Öffentlichkeit würde jetzt einen Generalstreik nicht mehr verstehen, es fehlt an jeglicher Basis. Die idealen Forderungen, die nicht erfüllt worden seien, seien des Kampfes nicht wert. Wollte man weiterkämpfen, so sei die einzige Frage der Generalstreik. Man solle nicht rosig malen — sagte Ruff —, wo nichts rosig sei. In diesem Sinne wolle er in der Generalversammlung eintreten. Dredow erklärte in der Sitzung, durch den Streik sei nichts mehr herauszuholen, der Generalstreik habe keinen Wert mehr und verspreche keinen Erfolg. Richard Müller habe gesagt, es sei

eine Demagogie, wenn man jetzt noch schwört für den Generalstreik eintritt.

wo die Arbeiterschaft völlig abgelenkt ist. Es sei keine Möglichkeit, den Streik zu verschärfen, darum müsse er sagen: „Recht brecht ab.“ Gewiß werde ein Teil der Arbeiter und auch ein Teil der Arbeiterräte drauhen bleiben. Trotzdem sage er, wir können nicht streiken, deshalb brecht ab.

Im weiteren Verlauf der Besprechung sei behauptet worden, die S. P. D. sei schuld an dem erfolglosen Ausgang des Metallarbeiterstreiks, worauf der Vertreter der S. P. D. erklärte: In der Presse werde immer behauptet, der Kampf der Berliner Metallarbeiter sei ein wirtschaftlicher Kampf. Es ist Grundlag des Parteivorstandes, sich in wirtschaftliche Kämpfe nicht einzumischen. Die Regeln des wirtschaftlichen Kampfes, die auch durch die Revolution nicht geändert worden sind, bleiben bestehen. Danach hat eine Verwaltungsstelle, wenn sie den Kampf steigern will, sich an ihren Zentralvorstand zu wenden. Bei einer weiteren Steigerung des Kampfes wendet sich der Zentralvorstand an den Gewerkschaftsbund und dieser wieder an die Parteileitungen. Trotz dieser grundsätzlichen Auffassung hat der Parteivorstand beim ersten Anruf durch die Metallarbeiter sich bereit erklärt, an Verhandlungen mit den Unternehmern zu teilzunehmen. Bis diese Verhandlungen erledigt sind, soll ein Aufruf nicht erscheinen.

Drolat schloß seinen Bericht mit dem Hinweis darauf, daß von einer Verschärfung der Arbeiterseite natürlich keine Rede sein könne, sie würden gleich den anderen Arbeitern wieder eingestellt nach Maßgabe der Betriebsverhältnisse. Da vor dem 15. Dezember keine betriebsfremden Arbeiter eingestellt werden sollten, solle nach Beikommen eine Kennzahl der Arbeiterräte vorgenommen werden. Es sei also die Möglichkeit gegeben, daß die alten Vertreter der Arbeiter wieder in ihre vollen Rechte eingesetzt werden.

In der Diskussion bemerkte Habad, in der Generalversammlung am Montag sei angewiesen worden, daß Drolat rechtmäßiges Mitglied der Leitung des Bezirks 5 sei, weil die dort anwesenden Mitglieder der Bezirksleitung sagten, Drolat sei nicht gewählt worden. Er, Habad, sei nicht in der Generalversammlung gewesen, er wolle deshalb an dieser Stelle richtigstellen, daß er als Bezirksleiter den Kollegen Drolat in die Bezirksleitung vor fünf Monaten aufgenommen habe. Dabei habe er

sich auf einen Beschluß der Vertrauensleute, der dahin geht, daß der Bezirksleiter das Recht hat, Kollegen zur Mitarbeit in der Bezirksleitung heranzuziehen.

Cohen betonte, es sei selbstverständlich, daß die Arbeiter für ihre Vertrauensleute eintreten. Aber es müsse einen Weg geben, dies Streikobjekt ohne Fortsetzung des Kampfes aus der Welt zu schaffen. Man solle versuchen, mit den Unternehmern sich darüber zu verständigen, welche Arbeiter und aus welchen Kategorien sie zunächst einstellen können, und dann solle darauf gehalten werden, daß bei dieser Gelegenheit die Vertrauensleute mit eingestellt werden. Da die Unternehmer erklärt haben, daß sie keine Maßregelungen, oder auch keine Vorzugsgewinnvornahmen wollen, müsse sich doch auf dieser Grundlage eine Verständigung erzielen lassen. Wenn man die Frage der Wiedereinstellung durchaus zum Kompromiß machen will, so ist das nur zu verstehen, wenn noch etwas ganz anderes dahinter steckt und die Frage der Wiedereinstellung nur vorgeschoben ist. (Lebhafte Zustimmung.) Es scheint, als ob man einen

Generalstreik unter allen Umständen

will. Wenn das Streikobjekt nicht auf andere Weise aus der Welt geschafft werden kann, dann sind auch wir für den Generalstreik. Aber nur, wenn wir von den dafür zuständigen gewerkschaftlichen und politischen Instanzen dazu aufgefordert werden. Dem Ruf einer aus Kommunisten und Unabhängigen bestehenden Kommission, die morgen vielleicht schon in alle Winde auseinanderläuft, folgen wir nicht. Wir fordern alle Arbeiter auf, dem Ruf zum Generalstreik, wenn er von einer unabweislichen Stelle kommt, nicht Folge zu leisten. Wir üben Solidarität, wenn uns die zuständigen, verantwortlichen Stellen dazu aufrufen. (Lebhafte Beifall.)

Ruff schloß dem Vortrager im allgemeinen zu und sagte, die Leute, die jetzt durch den Generalstreik haben wollen, brauchen einen Aufruf zum 9. November. Aber sie täuschen sich, wenn sie glauben, daß wir dabei mitmachen, um die Geschäfte unserer politischen Gegner zu betreiben. Es wird nicht geschehen, daß die Arbeiter anderer Berufswege den Generalstreik mitmachen.

Friedrich betrat den Standpunkt, die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes habe kein Spiegelbild der Stimmung in den Kreisen der Kollegen gegeben. Die Generalversammlung sei so zusammengesetzt, daß sie die Verschärfung des Streiks auch beschließen hätte, wenn sich die Unternehmer bereit erklärt hätten, sämtliche Vertrauensleute wieder einzustellen.

Auch die nachfolgenden Redner gaben übereinstimmend der Meinung Ausdruck, daß kein Anlaß zur Verschärfung des Streiks vorliege und ein Erfolg desselben nicht zu erwarten sei und man der Parole von Tragziehern, die andere als gewerkschaftliche Ziele anstrebten, unter keinen Umständen folgen werde. Auch die Anrempelung des Genossen Ruffe wurde durch Ruff wurde von mehreren Rednern scharf verurteilt.

Einmütige Annahme fand die folgende Resolution:

Die am 4. November 1919 tagende Versammlung der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die auf dem Boden der S. P. D. stehen, erklären zum Aufruf der Streikleitung des Metallarbeiterverbandes betreffend Generalstreik, daß dieser Aufruf in keiner Weise den an solche Aufrufe billigterweise zu stellenden Anforderungen entspricht.

Ein Generalstreik geht in seinen Wirkungen weit über das Tätigkeitsgebiet einer einzelnen Streikleitung hinaus, und kann deshalb nur von den für das erweiterte Streikgebiet in Frage kommenden Körperschaften eine Aufforderung zum Generalstreik ergeben.

Will die Streikleitung des Streiks in der Metallindustrie einen Generalstreik führen, dann kann das nur in der Weise geschehen, daß sie sich mit den für das Gebiet eines Generalstreiks in Frage kommenden Stellen der Arbeiterbewegung in Verbindung setzt, um mit diesen gemeinsam die notwendigen Maßnahmen zu beraten und zur Durchführung zu bringen.

Wenn in dieser Weise vorgegangen wird, ist auch die Gewähr vorhanden, daß alle Maßnahmen nach genügender Prüfung des Für und Wider getroffen werden. Jede andere Art der Zusammenlegung eines Generalstreiks ist die kommunistisch-spartakistische Methode, die wir, weil nicht im Interesse der Arbeiterschaft liegend, ganz entschieden ablehnen müssen.

Die Versammlung erklärt deshalb, daß sie mit dem Aufruf der Streikleitung des Metallarbeiterverbandes noch keinen Aufruf zum Generalstreik als tatsächlich vorliegend betrachten kann und lehnt es ab, den Aufruf der Streikleitung des Metallarbeiterverbandes, weil von unzulässiger Seite kommend, zu befolgen.

Die Solidaritätsstreiks der Metallarbeiter sollen nicht unter diese Resolution, denn diese Streiks unterliegen selbstverständlich nur der Rechtsauffassung der Metallarbeiter.

Aufmarsch zum politischen Streik.

Politischer Generalstreik ist die Parole, die am Dienstag in verschleierter Form in den Kammerläden von den unabhängigen und spartakistischen Arbeiterräten und Funktionären ausgesprochen worden ist. In einer Resolution, die einstimmig angenommen fand, heißt es über den Abschluß des Ultimatus der Metallarbeiter: „Die Vollversammlung erteilt dem Vollaugsrat die Ermächtigung, nach ergebnislosem Ablauf des Ultimatus den Aufruf zum allgemeinen Generalstreik zu unterzeichnen.“

Der radikale Vollaugsrat ist eine rein politische Körperschaft, und wenn er die Parole zum Generalstreik ausgibt, dann will er eine Massenbewegung, an deren Feuer das linksrevolutionäre Stöpschen gelocht werden kann. Arbeiter, folgt dieser Verführung nicht! Der „rote“ Vollaugsrat hat keinerlei Befugnis, einen Generalstreik zu proklamieren. Allein zuständig dafür seid Ihr selbst. Die „allein echten“ revolutionären legen eben alles daran, die wirtschaftlichen Kampfhandlungen der Arbeiter zu diskreditieren und in politischen Putschismus umzufällen. Hier wird der Generalstreik zum Generalsinn!

Die Konferenz in Washington.

In einer Versammlung des Obersten Alliiertenrats teilte der amerikanische Delegierte Voss mit, daß, obwohl die britischen und österreichischen Delegierten zur Arbeitskonferenz in Washington zugelassen werden, sie die Reise nach dort wegen Mangel an Schiffahrtsgelegenheit nicht antreten könnten. Der britische Delegierte Crewe fragte an, ob diese Delegierten nicht ein holländisches oder spanisches Schiff für ihre Überfahrt benutzen könnten, das amerikanische Außenministerium teilte daraufhin mit, daß es nicht für eine Überfahrt mit neutralen Schiffen sorgen könne.

Es wurde von der internationalen Arbeitskonferenz eine Resolution angenommen, bezugsfolge Frauen bei der Behandlung von wichtigen Fragen zur Konferenz zugelassen werden.

Der U. S. P. Parteitag verliessen. Wie die „Leipziger Volkszeitung“ erfährt, ist der Parteitag der U. S. P. um eine Woche verschoben worden. Die Tagung dürfte voraussichtlich Sonntag, den 23. November, beginnen, wenn bis dahin der Reiseverkehr einigermaßen funktioniert.

Um den freien Kirchenaustritt.

12. Sitzung der Preussischen Landesversammlung vom Dienstag, den 4. November.

Präsident Heinert eröffnet die Sitzung um 2.30 Uhr. Nach Erledigung kleiner Anfragen folgt die Beratung des Gesetzes über Erleichterung des Austritts aus der Kirche und aus den jüdischen Synagogengemeinden vom 12. Dezember 1918.

Abg. Rade (Dem.) verlangt Rückverweisung des Entwurfs an den Rechtsausschuss. Dieser soll einen neuen Entwurf vorlegen, durch den die Angelegenheit auf dem Boden der Trennung von Staat und Kirche in möglichst günstiger Weise geregelt wird.

Abg. Hubert (Soz.): Den demokratischen Antrag lehnen wir ab. Wir sind über seine Einbringung um so mehr erstaunt, als die Demokraten im Rechtsausschuss mit uns zusammen dem Gesetz zugestimmt haben. Die Verordnung der Volksbeauftragten, die durch den Gesetzesentwurf bestätigt wird, war eine Notwendigkeit, denn ein Hauptziel der Revolution war die Durchsetzung der staatsbürgerlichen Freiheit und Gewissensfreiheit. Die Kirchenbehörden haben sich aber zum großen Teil um die Verordnung gar nicht gekümmert, und noch jetzt wird von Kirchenbehörden der Standpunkt vertreten, daß die Verordnung nicht rechtsgültig sei.

Es ist ein Skandal, wenn eine Kirche heute noch erklärt, ohne Rücksicht auf die Verordnung der Volksbeauftragten erheben wir die Kirchensteuer auch von den Ausgetretenen (Köster! Köster!) Ich frage die Regierung, was sie gegen solche Mißgriffe zu tun gedenkt. Die Revolution hat ihr eigenes Recht geschaffen. (Lachen rechts.) Wenn Sie (nach rechts) darüber lachen, so erinnere ich Sie daran, daß das Dreiklassenwahlrecht, dessen Kupfer Sie so lange waren, ein Recht der Gegenrevolution war. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Gewissensfreiheit muß unter allen Umständen garantiert sein. Sie wird verfehlt, wenn man den Kirchenaustritt in der Weise erschwert, wie es der demokratische Antrag in seiner ursprünglichen Form wollte. Dieser Antrag wollte es den Vorstehern der Kirchengemeinschaft, also den Geistlichen, ermöglichen, auf die Leute einzuwirken, die austreten wollten. (Sehr richtig! bei den Demokraten und dem Zentrum.) Das wollen wir aber verhindern, weil sonst von den Geistlichen

alle Mittel des Terrors angewandt werden. (Lebhafter Widerspruch im Zentrum und Rechte: Beweise!) Die Kirche sollte viel zu nobel sein, um noch von Leuten Geld zu verlangen, die mit ihr gebrochen haben. (Abg. Adolf Hoffmann: Die Kirche hat einen guten Magen!) Das aus dem freiesten Wahlrecht hervorgegangene Parlament muß unter allen Umständen die Gewissensfreiheit schützen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Kassenber (B.): Wir stimmen dem demokratischen Antrage auf Zurückverweisung an den Rechtsausschuss zu. Es ist bezeichnend für die Denkart der Sozialdemokratie, daß sie gleich nach der Revolution zur Förderung des Kirchenaustritts aus der Kirche dieses Gesetz erließ. Die Sozialdemokratie hat sich immer mehr zur Religionsfeindschaft entwickelt. (Widerspruch und Lachen bei den Soz. — Präst. Heinert: Herr Abgeordneter Steindorf, Sie dürfen einem Abgeordneten nicht zurufen, er wolle wohl Wege reihen!) Abg. Dr. Reinhard (Dm. Sp.) stellt sich für seine Partei hinter den demokratischen Antrag.

Abg. Dr. Rosenfeld (H. Soz.): Die Demokraten, die sonst angeblich für die Gewissensfreiheit eintreten, fallen in diesem Augenblicke der Entscheidung wie die Wetterfahnen um. Es ist bezeichnend für das parlamentarische System, daß die Anhänger der Konstitutionsreaktion auch heute wieder gegeneinander Sturm laufen. Wir wünschen die Verordnung noch heute zu verabschieden und lehnen den demokratischen Antrag ab. (Beifall bei den H. Soz.)

Abg. Leßig (D. Sp.) stimmt für seine Partei dem demokratischen Antrag zu.

Abg. D. Rade (Dem.): Wir müssen uns dagegen wehren, daß es jetzt so dargestellt wird, als ob die Demokraten dem Gesetz im Rechtsausschuss nicht zugestimmt hätten. Es ist doch bekannt, daß sich im Ausschuss ein ernsthafter Kampf abspielte. Ihnen (nach links) ist es ja auch nicht darauf angekommen, das Geld zu sparen, sondern nur, die Kirche zu ärgern. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Adolf Hoffmann: Wenn Sie (zur Mitte) die Eitelkeit haben wollen, dann sorgen Sie zunächst dafür, daß unsere Kinder nicht die Bibel, das unsittlichste Buch, das es gibt (Wulff. Mufe), zu lesen brauchen.

Abg. D. Reinhard: Wenn die Bibel von geschlechtlichen Dingen redet, dann tut sie das, um die Sünde zu brandmarken.

Danach schließt die Aussprache. Bei der Abstimmung über den demokratischen Antrag bleibt das Bureau zweifelhaft. Es erfolgt Rückzahlung (Hammelsprung). Dabei bleiben die Abgeordneten der Rechten, des Zentrums und der Demokraten außerhalb des Sitzungssaales. An der Rückzahlung beteiligten sich nur die Sozialdemokraten und die Unabhängigen. Es werden nur 104 Stimmen abgegeben. Das Haus ist also beschlußunfähig. Die Sitzung wird geschlossen.

13. Sitzung Mittwoch, den 5. November, 12 Uhr: Abstimmung über die Anträge zum Landwirtschaftshaushalt, Handels- und Gewerbehaushalt, keine Vorlagen. Schluß 4 1/2 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Die Verkehrsarbeiter lehnen die Beteiligung am Generalstreik ab.

Die am Dienstag, den 4. November, im „Wilhelmshof“ versammelten sozialdemokratischen Funktionäre des Verkehrsgewerbes haben nach Entgegennahme eines Berichtes über die Verhandlungen zwischen den politischen Parteien und den Unternehmern noch eingehender Aussprache eine Beteiligung am Generalstreik abgelehnt, da sie der Auffassung sind, daß die schwankende und zweideutige Haltung der Streikleitung und insbesondere der Metallarbeiter-Generalversammlung sachlich nicht zu rechtfertigen ist. Nach Beurteilung der Lage kann durch Proklamierung des Generalstreiks keinerlei wesentliche Unterstützung den Metallarbeitern durch einen allgemeinen Generalstreik werden. Die versammelten Funktionäre fordern, daß die Metallarbeiter sich auf die Posten stellen, die zwischen den politischen Parteien und den Arbeitgebern vereinbart worden ist. Es wird daher den Verolken keinerlei Folge geleistet werden, zumal auch die statutarischen Bestimmungen nirgends eingehalten worden sind.

Auch ein Vertreter der Hochbahn gab im Namen der Kollegen eine Erklärung ab, daß sie sich nicht in den Streik hineinzulassen lassen werden. Bei dem letzten Verkehrsstreik seien es gerade die Metallarbeiter gewesen, die die streikenden Betriebsangestellten beschimpft und mit Rot beworfen hätten. In gleich entschiedener Weise traten Vertreter der Hochbahnwerkstatt und des Kraftwerks sowie der Omnibusse gegen einen neuen Verkehrsstreik ein. Sie erklärten ebenso wie Vertreter der einzelnen Straßenbahnhöfe, daß sie sich nicht mehr von den Vertrauensleuten als dumme Jungen behandeln ließen. Man hätte es jetzt schlimmer, als vor dem 9. November. Eine kleine Minorität von etwa 2000 Mann könne noch nicht beschließen, daß 15000 Arbeiter brotlos werden. Ein Vertrauensmann der Hauptwerkstatt der Großen Berliner Straßenbahn gab eine Schilderung über die Stilllegung dieses Betriebes. Der ganze Streik sei ohne Abstimmung in Szene gesetzt worden.

Ein qualifizierter Führer.

Einen Vagner und Verleumder nannte in der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes der Gewerkschaftsführer Ruch den Veteranen der Sozialdemokratie Hermann Kollen. Er hat, weil dieser in einer Erklärung betonte, daß Ruch noch Kenntnisnahme des Vorschlages am Sonnabend der Meinung Ausdruck gegeben habe, den Kollegen die Annahme des Vorschlages empfehlen zu wollen.

Selbst wenn der von Kollen aufgestellte Vorwurf der Ruch'schen Erklärung nicht völlig zuträfe, so wird doch jeder Teilnehmer an der am Sonnabend abend stattgefundenen Konferenz in der Rich. Müller über die Verhandlungen mit den Metallindustriellen berichtete und in der sich im Anschluß auch Ruch zum Wort meldete der Ueberzeugung sein, daß sich Ruch in diesem Sinne geäußert haben muß. Denn bei den Verhandlungen im Gewerkschaftshaus betonte Ruch, daß er eine Fortführung des Kampfes für zwecklos halte, wie denn auch Rich. Müller gegen einen Redner, der für die Fortführung und evtl. Verschärfung des Kampfes plädierte, den Vorwurf der Demagogie schleuderte.

Wir fragen: Sollte Ruch der Generalversammlung seine Auffassung über die Zwecklosigkeit der weiteren Fortführung des Kampfes oder gar der eventuellen Verschärfung desselben vortragen? Warum hat er als Führer dieser großen Bewegung in der Generalversammlung nicht klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, wie er über den weiteren Verlauf des Kampfes denkt?

Wer nicht den Mut hat, vor der breiten Öffentlichkeit seine Auffassungen zu enthüllen, soll sich hüten, einen Mann zu beschimpfen, der selbst bei den verbissensten politischen Gegnern gerade wegen seiner konsequenten und reinen politischen Tätigkeit die größte Achtung genießt.

Gegen die Organisationszersplitterung.

Der Streit im Berliner Steinlegergewerbe zwischen Zentral- und Filialvorstand bildete den Gegenstand einer Verhandlung des Verbandsrates und des Ausschusses des Steinlegerverbandes, die am 30. und 31. Oktober in Leipzig stattfand. Das Ergebnis der Verhandlung ist in nachstehender Entscheidung niedergelegt:

Der Verbandsrat im vollen Einverständnis mit dem Verbandsausschuss beauftragt den Hauptvorstand, eine außerordentliche Generalversammlung der Filiale Berlin einzuberufen zwecks Neuwahl des Vorstandes. Bei der

Zusammenlegung sind die einzelnen Berufsgruppen parteilich zu berücksichtigen. Bei der Wahl haben politische Gesichtspunkte auszukcheiden; außerhalb des Verbandes stehende Faktoren haben kein Recht, die Wahlen zu beeinflussen. Die Wahl hat unter Leitung von drei (vier) Mitgliedern des Verbandsrates stattfinden. Darunter ein (zwei) Mitglieder des Verbandsausschusses.

Der Verbandsrat nimmt Kenntnis von der Tatsache, daß der bisher nicht bestätigte Vorstand der Filiale Berlin die Wahl einer „Lohnkommission“ veranlaßt hat, ohne Rücksicht darauf, daß die ordnungsgemäß vom ganzen Tarifbezirk gewählte Schlichtungskommission noch zu Recht besteht. Es ist zu befehlen, daß aus der Tätigkeit der nicht zuständigen Lohnkommission Differenzen und Arbeitseinstellungen entstehen, für die der Vorstand eine Verantwortung nicht übernehmen kann; insbesondere muß der Verband eine materielle Unterstützung von Lohnkämpfen ablehnen, die infolge der Tätigkeit der nicht zu Recht bestehenden Lohnkommission entstehen.

Achtung! Rüstinstrumenten-Arbeiter!

Nachdem die Aussperrung bei der Firma Späthe in Wetzlar (Hess.) beendet ist, erklären wir die Sperre für den Berliner Betrieb der Firma Späthe für aufgehoben.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Die Branchenleitung.

Für Metallarbeiterstreik.

Die Stempelstelle Nr. 24 ist von Mittwoch, den 5. November, von Brauns Aesfäden am Bahnhof Treptow nach Post. Joh. Koch, Eisenstraße 44, Heidelberg, verlegt worden.

Die Stempelstelle Nr. 6 in Seefeld ist mit dem heutigen Tage aufgehoben.

Schwarzarbeiter S. M. A. G. Wilsau, Mittwoch, den 5. November, von 12-3 Uhr Auszahlung der Streikunterstützung in Rastna, Nigoldsbühler mitbringen.

Ludw. Lohme & Co., Lützenstraße, Donnerstag, 10-11 Uhr: Auszahlung, 2 Uhr: Betriebsversammlung in der „Krone“.

H. G. W., Koberwerk, alle Kollegen und Kolleginnen, die noch keine Streikunterstützung abgeholt haben, müssen dieselbe bis Freitag, den 7. Nov., im Zentralverwalterbüro „Admiral Blumengarten“, Oberjahnstraße, Ottendammstraße, abholen. Alle bis dahin nicht abgeholtten Unterstühtungen kommen nicht mehr zur Auszahlung.

Norddeutsche Kältewerk, Friedrichstraße 226, Mittwoch, den 5. November, nachmittags 2 Uhr: Betriebs-Versammlung bei Schirn, Charlottenstraße 7.

Brandel & Perwig, Am 5. November, nachmittags 2 Uhr: Betriebsversammlung im Streiklokal.

Knorrbrerie und angeschlossene Betriebe. Die Auszahlung der Streikunterstützung findet am Mittwoch, den 5. November, vormittags von 11 bis 1 Uhr in folgenden Lokalen statt: Gruppe 1, Peter, Hauptstr. 10; Gruppe 2 und 3, „Bellevue“; Gruppe 3, Kollod, Hauptstr. 85; Gruppe 4, „Hagedorn“, Alt-Borsbagen, Ade Wühlstraße. Funktionäre jeder Gruppe um 10 Uhr in obler Lokale.

Firma Herbrand Zschuchardt, Rungel-Str. 3, Mittwoch, den 5. Nov., vorm. 10 Uhr: Betriebsversammlung aller Kollegen und Kolleginnen, „Orpheushalle“, Brückenstr. 3.

Firma Herbrand, Charlottenburg. Heute: Betriebsversammlung, 10 Uhr — „Goldschmied“, Köpenicker Str. 3.

Vau- und Weidmannschlosser. Vertrauensleute-Konferenz heute vormittags 10 Uhr bei Bodelsch. Köpenicker Str. 7.

Elektronenteure. Heute nachmittags 5 Uhr im Garbelaß, Sophienstraße 34, Branchenversammlung. Vertrauensleute-Konferenz eine Stunde früher.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Branche Bau- und Arbeitssucher. Am Mittwoch, den 5. November, abends 7 Uhr im Lokal von Adula, Lange-Str. 63: Allgemeine Vertrauensleute-Konferenz. Tagesordnung: Stellungnahme zur weiteren Ausdehnung im Metallarbeiterstreik; 2. Diskussion: Holzschläger-Grüchinnen oder Funktionäre drängen notwendig.

Deutscher Werkmeister-Verband. Vertrauensleute und Betriebsvertrauensleute der Metallindustrie veranlassen sich Donnerstag, den 6. November, abends 6 Uhr, im „Schultheiß“, Neue Jakobstr. 24/25. Tagesordnung: Metallarbeiterstreik.

Zentralverband der Fleischer. Mitglieder-Versammlung, Mittwoch, den 5. November, abends 7 Uhr, Bezirk Charlottenburg: „Goldschmied“, Köpenicker Str. 63; Bezirk Köpenick: „Hühnerstr. 67; Weihenfeld im „Prälator“, Lehderstraße.

Donnerstag, den 6. November: Mitglieder-Versammlung, Bezirk Schönberg, Reuterstr. 16; Bezirk Pantow-Rieder-ich 1000 u. a. bei Engel, Pantow, Rühlstr. 45.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe VII. Heute, Mittwoch, abends 7 Uhr, in den „Sophten“, Sophienstr. 17/18: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Dunkel: „Am Kampf um eine Weltanschauung“; 2. Bericht über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband des Buchdruckerhandels; 3. Fachgruppenangelegenheiten. Das Erscheinen aller Mitglieder aus den Kauf-, Warenhäusern und Spezialgeschäften ist unbedingt notwendig.

Verantw. für den redaktion. Teil: Alfred Scholtz, Reichshaus, für Anzeigen: Theodor Glade, Berlin, Verlag: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin, Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Sauer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 1, 2. 2. 2. 2. 2.

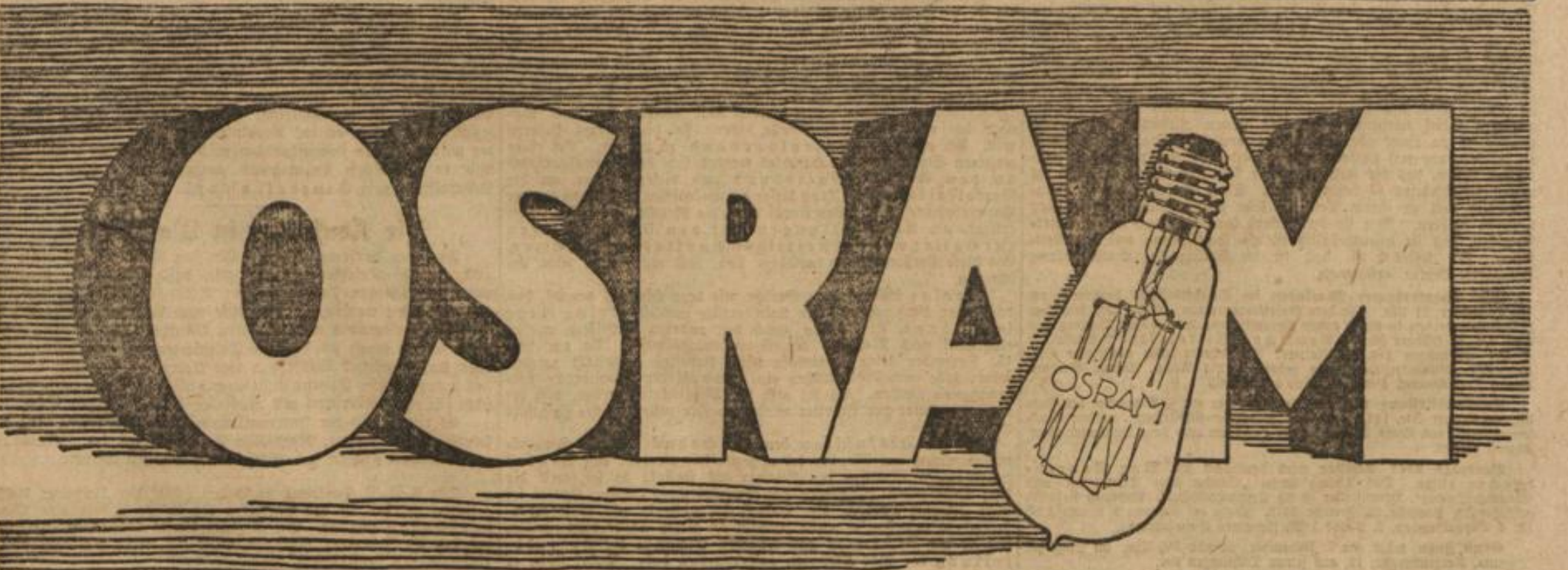
Wir bitten Sie in Ihrem eigenen Interesse von Ihrem Buchhändler zu verlangen

Kinder der Liebe

Roman von Frances Kelly

Gek. M. 10. — geb. M. 12. — (mit 10% Buch-Abzug)

Georg Müller Verlag München



Osramwerke, Berlin O. 17